

akzente

1/2020

Das Magazin der GIZ

Bis ins letzte Dorf

Pestaufklärung im
Hochland von Madagaskar

Träume zum Anfassen

Perspektiven für
Jugendliche
in El Salvador

Wo Milch und Honig fließen

Flüssiges Gold
aus Georgien

Demokratie

Wer die Wahl hat

**WIR GESCHÄFTSFRAUEN
MÜSSEN GROSSES WAGEN!**

ROSE SWAI

In ihrer Kaffeeproduktion fördert sie gezielt Frauen und junge Leute. Als eine von 116 tansanischen Unternehmerinnen nutzte sie die Chance, durch einen Austausch ihr berufliches Netzwerk auszubauen und wertvolles Marktwissen zu erwerben.

Diese und weitere „Gesichter und Geschichten“ finden Sie online auf
www.giz.de/geschichten



MEHR GERECHTIGKEIT UND WÜRDE

Was sich Menschen rund um die Welt von der Staatsform Demokratie wünschen.

DIE DEMOKRATIE IST IN DER KRISE, lautet im Moment eine häufig zu vernehmende Aussage. Herausforderungen wie der wachsende globale Wettbewerb, soziale Ungleichheit und Digitalisierung hätten diese Staatsform an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit gebracht und würden nun dem Aufstieg von Autokraten Vorschub leisten. Von gebrochenen Versprechen und enttäuschten Hoffnungen ist deshalb häufig die Rede. Stimmt das? Wir wollten es genauer wissen und haben unseren Schwerpunkt deshalb dem Zustand der Demokratie gewidmet. Und dabei vor allem die Länder des globalen Südens in den Blick genommen. Was erwarten die Menschen dort von einer Demokratie? Welche besonderen Herausforderungen und Risiken entstehen, wenn ein Land mit großer Armut oder starken regionalen Unterschieden zu kämpfen hat? Was heißt das konkret für Länder wie etwa die Philippinen, Indonesien oder Nigeria?

DIE ANTWORTEN, die wir gefunden haben, sind erstaunlich eindeutig. Die Zahl der demokratischen Staaten geht zwar leicht zurück, sie liegt jedoch immer noch weit über dem Stand des Kalten Krieges. Gleichzeitig, auch das wurde deutlich, brauchen lebendige Demokratien mehr als das Einsammeln des Wählerwillens. Nämlich echte Teilhabe; einen Meinungsbildungsprozess, in den Menschen ihre Ansichten und Bedürfnisse tatsächlich einbringen können. Und schließlich wünschen sich Menschen funktionierende staatliche Dienstleistungen, wie Wasser, Bildung und Gesundheitsversorgung, für alle. Wo solche Dienste für die Mehrheit einer Gesellschaft nicht zugänglich oder unerschwinglich sind, wächst der Frust – auch über das politische System.

SO GESCHEHEN IN CHILE: Im vergangenen Herbst fanden dort die größten Demonstrationen in der Geschichte des Landes statt; sie standen unter dem Leitmotiv mehr „Würde“. Politikprofessor Stefano Palestini war vor Ort und hat seine Eindrücke aus erster Hand mit den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen zu einem Essay verknüpft. Sein Fazit lautet: Von einer Krise der Demokratie zu sprechen, ist global betrachtet übertrieben. Aber demokratische Systeme haben Defizite, an denen sie arbeiten müssen. Das bestätigt auch die Feldforscherin Shandana Mohmand aus Pakistan in einem Interview. Sie empfiehlt, die lokalen Regierungen zu stärken. Wie das in der Praxis gehen kann, zeigt eine Reportage über eine Gemeindeversammlung im Norden Ugandas.

UM MEHR TEILHABE und Gerechtigkeit geht es auch der GIZ bei ihrer Arbeit. Deshalb suchen wir immer wieder nach dem besten Weg dafür, nach neuen Ansätzen und Erkenntnissen. Unser Ziel sind faire Bedingungen für alle – politisch, sozial und wirtschaftlich – ganz im Sinne Mahatma Ghandis, der einst sagte: „Die Demokratie, wie ich sie verstehe, muss den Schwächsten die gleichen Chancen zusichern wie den Stärksten.“

Jetzt wünschen wir viel Spaß beim Lesen mit hoffentlich vielen neuen Erkenntnissen über ein politisches System, für das es sich einzusetzen lohnt, egal wo in der Welt.

Ihre



SABINE TONSCHIEDT,
Leiterin Unternehmenskommunikation
sabine.tonscheidt@giz.de



SCHWERPUNKT: DEMOKRATIE

Selbst gewählt

Mehr Gerechtigkeit, Teilhabe oder funktionierende staatliche Dienstleistungen: Was erwarten Menschen heute von Demokratie?

EDITORIAL

01 02 03 04 05 06 07 08 09 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26



MELDUNGEN

Ausgezeichnete Neuigkeiten

Innovationen, neue Projekte sowie Zahlen und Fakten aus aller Welt S.6



REPORTAGE

Bis ins letzte Dorf

Unterwegs mit Wissenschaftlern zur Pestausklärung in Madagaskar S.10

REPORTAGE

Demokratie lernen

Bürgerbeteiligung in Uganda S.18

ÜBERBLICK

Hidden Champions

Ein Blick in die zweite Reihe S.22

ESSAY

Begehrt und bedroht

Von Stefano Palestini S.24

INFOGRAFIK

Wie läuft's?

Das politische System in Zahlen S.30

INTERVIEW

„Eine Frage der Gleichheit“

Mit Shandana Khan Mohmand S.32

ERKLÄRT

Zusammen etwas bewegen

Von Michaela Baur S.34

AUS DER ARBEIT DER GIZ

Kraft der Demokratie

Wie die GIZ Teilhabe fördert. S.35



MOMENTAUFNAHME

Aufkeimende Hoffnung

Erste Zeichen der Erneuerung nach den Buschbränden in Australien **S. 36**



PERSPEKTIVEN

Das Land, in dem Milch und Honig fließen

Georgische Imker*innen machen sich fit für den europäischen Markt. **S. 42**

SERVICE

NACHGEHALTEN, IMPRESSUM

27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52



VORGESTELLT

Grüße aus Ulan Bator

Berufsbildungsexpertin Beate Dippmar über ihren Alltag in der Mongolei **S.50**



REPORTAGE

Träume zum Anfassen

Neue Jobperspektiven für Jugendliche in El Salvador **S.38**



AKZENTE DIGITAL

Unser Magazin gibt es natürlich auch online, optimiert für die mobile Nutzung. akzente.giz.de

IN ZAHLEN

18 Mio.

Weltweit fehlen 18 Millionen Fachkräfte im Gesundheitswesen, um bis 2030 eine umfassende Gesundheitsversorgung zu erreichen und aufrechtzuerhalten. Ungefähr die Hälfte davon, neun Millionen, arbeiten aktuell in der Pflege und der Geburtshilfe. Um auf die große Bedeutung ihrer Arbeit hinzuweisen, hat die WHO das Jahr 2020 zum „Internationalen Jahr der Pflegenden und Hebammen“ ausgerufen.

70%

Rund 70 Prozent aller Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen sind Frauen. Einen großen Teil davon machen Krankenschwestern und Hebammen aus. In Südostasien und Afrika fehlen die meisten Fachkräfte aus diesem Sektor.

80%

Über 80 Prozent der Müttersterblichkeit, Totgeburten und der Todesfälle im ersten Lebensmonat könnten durch den Einsatz von gut ausgebildeten Hebammen und Entbindungspflegern verhindert werden. Anlässlich des 200. Geburtstags der berühmten britischen Krankenschwester Florence Nightingale findet am 12. Mai 2020 der „Internationale Tag der Pflege“ statt, mit weltweiten Aktionen zum Motto „Die Welt GESUND PFLEGEN“.

Quelle für alle Zahlen: www.who.int



Ausgezeichnete Qualität

NACHHALTIG Mitten in der jordanischen Wüste, am Ende einer Sandpiste, liegt die Feynan Eco Lodge. Sie hat den World Responsible Tourism Award 2019 gewonnen. Die Öko-Lodge im Biosphärenreservat Dana ist vollkommen autark. Der Energiebedarf wird durch eine Solaranlage gedeckt, das Wasser stammt aus dem eigenen Brunnen. Die GIZ unterstützte sie im Auftrag des BMZ dabei, eine Pflanzenkläranlage für das Abwasser einzuführen. Das gesäuberte Wasser kommt schattenspendenden Bäumen rund um die Lodge zugute.

www.giz.de/de/weltweit/32153.html

„Wir können die Bedrohung durch den vom Menschen verursachten Klimawandel und den Verlust der biologischen Vielfalt nicht isoliert voneinander betrachten. Entweder wir bekämpfen beides oder nichts.“

Zitat von ROBERT WATSON, Vorsitzender des Weltbiodiversitätsrats (IPBES) und früherer Vorsitzender des Weltklimarats (IPCC)



Vom Winde verweht

FAIRTRADE Bäuerinnen und Bauern, die in Tadschikistan und Kirgisistan Öko-Baumwolle anbauen wollen, haben ein Problem: Von umliegenden Feldern wehen Samen gentechnisch veränderter Pflanzen auf ihre Felder. Damit ist ihre Zertifizierung als Fairtrade-Produzenten gefährdet. Denn nicht nur Öko-Labels, auch Fairtrade-Verbände untersagen die Nutzung von Gentechnik. Doch wie kommen Baumwollfarmer*innen an gentechnikfreies Saatgut heran? Dabei unterstützt sie die GIZ im Auftrag des BMZ. Für die Aussaat 2020 wurden 165 Tonnen Baumwollsaamen bereitgestellt, die den

Fairtrade-Kriterien entsprechen. Um die Baumwollpflanzen zu schützen, werden höhere Nutzpflanzen, wie etwa Mais, um sie herum gesetzt. Mehr als 470 Bäuerinnen und Bauern mit insgesamt über 1.100 Hektar Feldern werden so in Zukunft nachhaltige und gentechnisch nicht modifizierte Baumwolle produzieren. Sie erhalten für die Öko-Qualität höhere Preise als für herkömmliche Produkte. Außerdem werden 120 Personen zu Themen des ökologischen Landbaus geschult. Aldi Nord und Aldi Süd unterstützen das Projekt in einer integrierten Entwicklungspartnerschaft durch die Abnahme festgelegter Mengen.

DREI FRAGEN AN



ARMANDO LAZARO GOMEZ DIAZ

Der 41-jährige Ingenieur aus Kuba hat ein Training an einer deutschen Berufsschule besucht. Die GIZ fördert im Auftrag des BMZ und des BMU mit dem Programm Proklima durch Trainings, Politikberatung und Technologietransfer die Nutzung natürlicher Kältemittel. Diese haben eine hohe Energieeffizienz und schädigen weder Klima noch Umwelt.

Was ist Ihre Aufgabe als Ingenieur für Kältetechnik?

Ich arbeite bei der nationalen Ozonschutzstelle beim Ministerium für Wissenschaft, Technologie und Umwelt. Unsere Aufgabe ist es, das nationale Programm zur Umsetzung des Montreal-Protokolls – den Ausstieg aus Stoffen, die zum Abbau der Ozonschicht führen – zu koordinieren. Ich persönlich bin auf Kältetechnik spezialisiert.

Was haben Sie beim Cool Training an der Bundesfachschule in Maintal gelernt?

Wir haben den sicheren Umgang mit natürlichen Kältemitteln gelernt. Die Nutzung natürlicher Kältemittel wie etwa Kohlendioxid ist in Ländern mit heißem Klima schwierig, aber möglich. Außerdem schätze ich den internationalen Austausch mit Kollegen.

Wie setzen Sie Ihre neuen Kenntnisse in Kuba um?

Kuba ist eines der Vorreiterländer bei der Nutzung natürlicher Kältemittel. Wir gebrauchen etwa eine Mischung aus Isobutan und Propan für Kühlschränke und Minibars. Jetzt organisieren wir Workshops für Ingenieure, Techniker und Mechaniker, die wiederum ihre Schüler darin ausbilden, natürliche Kältemittel sicher zu nutzen. Außerdem präsentieren wir die Technologie bei Unternehmen, um der Herausforderung des Klimawandels zu begegnen.

www.giz.de/fachexpertise/html/61049.html (englisch)

Innovativer Technologieradar

TOOL Hype oder wertvolle Neuerung? Um das Potenzial innovativer Technologien für die internationale Zusammenarbeit besser einschätzen zu können, entstand der **techDetector**. Die GIZ entwickelte das wegweisende Tool gemeinsam mit dem Partner Envisioning in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation. Die responsive Webapplikation präsentiert frei zugänglich 100 innovative Technologien. Sie stellt Neuheiten wie Biosensoren für Wasserqualität vor und erörtert gesellschaftliche Fragen, wie wir beispielsweise verhindern können, dass Algorithmen einzelne Bevölkerungsgruppen strukturell benachteiligen. Der **techDetector** bietet allen Partnern der deutschen Entwicklungszu-

sammenarbeit einen Einblick in die Technologien von morgen: mit ein paar Klicks, konkreten Beispielen und einer Bewertung, ob sie schon einsatzbereit sind und welche Auswirkung sie auf nachhaltige Entwicklung haben könnten. Technologische Innovationen sind Schlüsselfaktoren für gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Wandel weltweit. Um diese Entwicklungen mitzugestalten und um das Potenzial für das Erreichen der SDGs einzusetzen, hilft der **techDetector**. Mit ihm kann die GIZ gezielt Wissen und Netzwerke im Bereich Technologieinnovationen für nachhaltige Entwicklung aufbauen.

techdetector.giz.de



Rauchzeichen

IM VERGLEICH Die Zahl der Länder mit Nicht-raucherschutzgesetzen wächst stetig, von zehn im Jahr 2007 auf 62 im Jahr 2018. Trotzdem ist nur gut ein Fünftel der Weltbevölkerung durch vollständige Rauchverbote an öffentlichen Orten, an Arbeitsplätzen und in öffentlichen Verkehrsmitteln geschützt.

Quelle: WHO REPORT 2019



Steuernummer per Handy

TAX ON PHONE In Sambia wird häufig bar bezahlt. So können geschickte Geschäftsleute die Steuer umgehen. Der Staat hat keine Kontrolle über Bargeschäfte. Geschätzt 40 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen sind nicht bei den Steuerbehörden gemeldet. Das soll nun anders werden: Per Handy sollen Steuern künftig bequem und bargeldlos bezahlt werden können. Ermöglicht wird dies durch Code-Befehle, die auch auf älteren Handymodellen funktionieren. Die Steueridentifikationsnummer lässt sich schon jetzt mobil beantragen. Dies ist wichtig, da man ohne diese Steuernummer kein Konto mehr eröffnen kann. Seit der Einführung haben sich rund 46.000 Sambierinnen und Sambier registriert. Die Finanzbehörden verzeichneten in den ersten fünf Monaten nach Einführung Mehreinnahmen in Höhe von über 62.000 Euro. Das bargeldlose Steuerzahlungssystem wurde von der ibes AG in Kooperation mit dem lab of tomorrow und der Strategischen Partnerschaft Digitales Afrika entwickelt. Umgesetzt wurde es mit develoPPP.de im Auftrag des BMZ.

www.lab-of-tomorrow.com/node/152 (englisch)

Grundlage für eine grünere Zukunft

ÜBERBLICK Bosnien und Herzegowina verfügt über umfangreiche Energieressourcen und gehört zu den wenigen Ländern des Balkans, die Strom exportieren. Die Energieerzeugung ist bisher jedoch nicht nachhaltig. Darum hat sich das Land zum Ziel gesetzt, deutlich mehr erneuerbare Energien zu nutzen. Es verfügt dazu über ein breites Angebot an Biomasse. Ein interaktiver Web-Atlas zeigt jetzt das Potenzial von 23 Biomasseträgern im Land. Die Datenbank dafür wurde im Rahmen eines GIZ-Vorhabens im Auftrag des Bundesentwicklungsministeriums mit den Kooperationspartnern Deutsches Biomasseforschungszentrum in Leipzig und nationale Statistikagentur von Bosnien und Herzegowina aufgebaut. Sie ist öffentlich zugänglich und kann fortgeschrieben werden. Das Ressourcenmonitoring ist für das Land ein großer Schritt nach vorne. Die Datenbank gibt Orientierung, wie man Rohstoffe besser nutzen kann. Sie dient als Grundlage dafür, Biomasse in Zukunft effektiv für die Gewinnung erneuerbarer Energien einzusetzen.

<http://atlasbm.bhas.gov.ba>

BOSNIEN-UND-HERZEGOWINA-WIKI

Landessprachen: Bosnisch, Serbisch, Kroatisch / **Hauptstadt:** Sarajevo / **Regierungsform:** Parlamentarische Demokratie / **Regierungschef:** Zoran Tegeltija / **Fläche:** 51.197 km² / **Einwohnerzahl:** ca. 3,5 Millionen / **Bevölkerungsdichte:** 69 pro km² (1) / **Bruttoinlandsprodukt pro Kopf:** 5.755 US-Dollar (2)



Quellen: (1) Statista, (2) IWF

NEUE PROJEKTE



Gesundheit in der EU

DEUTSCHER VORSITZ Im zweiten Halbjahr 2020 übernimmt Deutschland den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Die GIZ unterstützt das Bundesgesundheitsministerium dabei, die deutsche Ratspräsidentschaft mit Leben zu füllen. Sie organisiert eine informelle Tagung der EU-Gesundheitsminister*innen im Juli in Bonn und eine hochrangig besetzte Digtalkonferenz in Berlin im November. Es geht um Themen wie künstliche Intelligenz, Big Data und die Vision eines europäischen Datenraums.



Hilfe für Flüchtlinge

SYRIEN Fast 6 Millionen Menschen aus Syrien sind in den Nachbarländern Türkei, Libanon, Jordanien und Irak registriert. Aufbauend auf den Maßnahmen von „Qudra I“, stellen das BMZ, der EU-Treuhandfonds für Syrien und die Spanische Agentur für Internationale Zusammenarbeit für Entwicklung mit dem Folgeprojekt „Qudra II“ weitere Hilfen bereit. Die GIZ beteiligt sich an der Umsetzung durch Freizeitaktivitäten für Kinder und Jugendliche, psychosoziale Unterstützung, Training und Jobinitiativen sowie Stärkung aufnehmender Kommunen.



Klimaschutz im Kleinen

WELTWEIT Die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) des Bundesumweltministeriums fördert jetzt auch Kleinprojekte: Maximal 100 Ideen werden bis 2025 mit jeweils bis zu 100.000 Euro unterstützt. Ziel des neuen Fonds ist es, innovative und an lokale Bedürfnisse angepasste Ideen zur Minderung der Treibhausgasemissionen sowie für den Aufbau wetter- und klimarobuster Infrastrukturen in Kommunen und Regionen zu unterstützen. Die GIZ setzt die neuen Komponenten der IKI für das BMU um.

Reportage

BIS INS LETZTE DORF

Einsatz in Madagaskar: unterwegs mit
einem Wissenschaftlerteam zur Pestaufklärung im
Hochland der Inselrepublik

TEXT & FOTOS BETTINA RÜHL
FOTOS TSITOHAINA STEVENSON RAKOTOARIVONJY



IN SORGE

Das madagassische Dorf, in dem die Familie von Mariette Razafimalala (Mitte) lebt, ist besonders von einer Rattenplage betroffen. Lehmhäuser bieten idealen Lebensraum für die Nager, die die Pest übertragen. Für effektiven Schutz fehlt den Menschen oft das Geld.





Oben: Der Mikrobiologe Michael Nagel untersucht die Umgebung einer Kochstelle auf Rattenspuren.

Unten: Gemeinsam mit seinem madagassischen Kollegen Raphaël Rakotozandirandrainy informiert er Dorfbewohner*innen über den besten Schutz gegen die Pest.

B

Bis zum Schaft verschwindet die Klinge des Taschenmessers in der Lehm-mauer. „Ein Nistloch von Ratten“, stellt der Mikrobiologe Michael Nagel fest. „In der Wand genau über der Kochstelle.“ Dann sucht er im Lichtschein seiner Stirnlampe weiter. In dem zweistöckigen Lehm-bau ist es so dunkel, dass der deutsche Wissenschaftler ohne die Lichtquelle auf seinem Kopf kaum etwas sehen würde. Außerdem beißt die rußgeschwängerte Luft in den Augen. An der Feuerstelle wird er nochmals fündig. Direkt neben dem Nistloch liegen Asche, übriggebliebene Reiskörner, Reste einer Maniokknolle und Rattenkot. Mit der Messerspitze stochert der 37-Jährige vorsichtig in dieser Mischung herum. „Der Kot ist noch frisch“, sagt Nagel zum madagassischen Mikrobiologen Raphaël Rakotozandirandrainy. „Besser kann man nicht zeigen, wie stark Nahrungsreste die Nager anziehen.“ Dann treibt sie der beißende Rauch ins Freie.

Dort erwarten sie die Bewohnerinnen und Bewohner des Hauses und des madagassischen Dorfs Ambohitavorano. Es liegt im Hochland, etwa 260 Kilometer südlich der Hauptstadt. Sie kennen Nagel bereits und wundern sich nicht mehr darüber, dass dieser Weiße den weiten und steilen Weg zu ihnen auf sich genommen hat. Aus Antananarivo braucht man mit dem Auto einen Tag bis in die Provinzhauptstadt Ambohitra und von dort nach einer Übernachtung nochmals knapp zwei Stunden bis nach Andina. Wenige Kilometer dahinter geht es nur noch zu Fuß weiter, einen Berg hoch. „Sonst kommen Ausländer nur hierher, um nach wertvollen Mineralien zu suchen“, sagt Wissenschaftler Rakotozandirandrainy.

Ein Jahr zuvor, im November 2018, hatte ein interdisziplinäres Wissenschaftlerteam untersucht, warum die Pest in manchen Dörfern der Region regelmäßig ausbricht, während andere Orte ganz in der Nähe verschont bleiben. Die Gemeinde Andina, zu der das Dorf Ambohitavorano gehört, ist einer der „Hotspots“. Jetzt stellen Nagel und sein madagassischer Wissenschaftskollege den Menschen, die in der Region leben, ihre Ergebnisse vor. Deshalb hatte Raphaël Rakotozandirandrainy, der zugleich auch Bürgermeister von Andina ist, am Vortag schon zu einer Versammlung auf dem zentralen Platz gerufen. Mehr als 1.000 Menschen nahmen daran teil.



Raphaël Rakotozandirandrainy bringt die Ergebnisse der Peststudie direkt zu den Menschen. Der Wissenschaftler ist auch Bürgermeister einer Hochland-Kommune.

Doch die Wissenschaftler bringen ihre Ergebnisse auch direkt in die abgelegenen Weiler, in denen oft nur einige Dutzend Menschen leben. Raphaël Rakotozandirandrainy ist Direktor des Instituts für Medizinische Mikrobiologie an der Universität in Antananarivo und zudem in Madagaskar Kooperationspartner der „Schnell einsetzbaren Expertengruppe bei Gesundheitsgefährdungen“ (SEEG). Zu der gehört wiederum Michael Nagel von der GIZ. Diese „Taskforce“ rückt aus, wenn Partnerländer um rasche Hilfe bitten, weil sie eine Epidemie alleine nicht mehr unter Kontrolle bekommen oder auf künftige Ausbrüche besser vorbereitet sein wollen. In akuten Fällen kann die SEEG innerhalb von 72 Stunden vor Ort sein. Dann werden interdisziplinäre Teams aus einem Pool von Expertinnen und Experten aller Fachrichtungen zusammengestellt. Darunter GIZ-Personal, aber auch Fachleute von Universitäten.

In Madagaskar hat die Regierung wegen der immer wieder auftretenden Pest die SEEG um Unterstützung gebeten. Auch wenn es fordernde Einsätze sind, so ist die Arbeit im Feld doch aus Sicht der Wissenschaftler unerlässlich. „Natürlich kann man Erreger in modernen Laboratorien weltweit problemlos diagnostizieren“, sagt Nagel, „aber ob aus einem Krankheitsfall eine Seuche wird, hängt von vielen Faktoren ab.“ Wer Epidemien verhindern will, muss also besser verstehen, was jeweils zusammenwirkt – und genau darum ging es bei der Studie in Madagaskar. Die Wissenschaftler stellten in Dörfern und Hofstellen Fallen für Ratten und Mäuse auf, befragten die Menschen zu ihren Lebensverhältnissen und ihrem Wissen über Pest. Sie nahmen Informationen zu Geologie, Vegetation und Land-

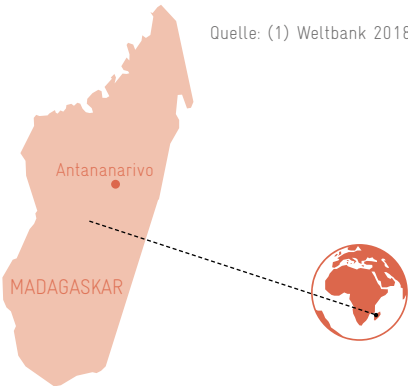
IM EINSATZ GEGEN EPIDEMIEN

Die „Schnell einsetzbare Expertengruppe bei Gesundheitsgefährdungen“ (SEEG) wurde vom BMZ in Kooperation mit dem Bundesministerium für Gesundheit als Reaktion auf die Ebola-Krise in Westafrika 2014/15 initiiert. Ein bei der GIZ angesiedeltes Kernteam verfolgt Meldungen zu Krankheitsausbrüchen weltweit. In Abstimmung mit dem **Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin** und dem **Robert Koch-Institut** bewertet es die Lage und schätzt die Seuchengefahr ein. Zudem wurde ein Pool mit Expertinnen und Experten für flexible Einsätze aufgebaut. So unterstützt die SEEG Länder bei der Vorbereitung und **Reaktion auf Krankheitsausbrüche** und bei der Prophylaxe. Die GIZ koordiniert die Einsätze und bringt ihre Kontakte mit Partnern weltweit mit ein. In Madagaskar war die SEEG wegen der Pest aktiv. Die Seuche tritt dort regelmäßig auf. Das Team um den Mikrobiologen Michael Nagel untersuchte die Ursachen dafür. Ein Geologieprofessor, ein Bakteriologe, ein Feldbiologe, eine Humangenetikerin und ein Tropenmediziner gehörten zur Forschergruppe aus Europa, die mit Professor Rakotozandirandrainy und anderen Experten aus Madagaskar zusammenarbeitete.

Kontakt: Michael Nagel, michael.nagel@giz.de

MADAGASKAR

Hauptstadt: Antananarivo / **Bevölkerung:** 24 Millionen /
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf: 510 US-Dollar (1) /
Wirtschaftswachstum: 5,8 Prozent / **Rang im**
Human Development Index: 162 (von 189)



Madagaskar ist der größte Inselstaat Afrikas und die viertgrößte Insel der Welt. Die Republik gehört zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt.

Mehr als drei Viertel der Bevölkerung leben in extremer Armut, besonders hoch ist der Anteil der Armen in den ländlichen Regionen.

www.giz.de/de/weltweit/322.html

nutzung auf und sammelten Proben. Inzwischen liegen die meisten Laborergebnisse vor.

„Wir waren froh, dass das mal jemand untersucht hat“, sagt Mariette Razafimalala. Die 34-jährige Bäuerin lebt mit ihrer siebenköpfigen Familie in dem Haus, das Nagel eben verlassen hat. Fast alle Menschen hier sind barfuß, den Kindern laufen die Nasen. Im Hochland ist es nachts sehr kühl, die Jungen und Mädchen sind deshalb häufig erkältet. Und weil in den Häusern mit den kleinen Fenstern auf offenen Feuerstellen gekocht wird, sind die Atemwege der Menschen stark angegriffen. „Wir haben hier nicht nur die Erreger der Pest gefunden, sondern viele andere gefährliche Krankheitserreger“, erklärt Michael Nagel, und sein Kollege Raphaël Rakotozandrainy übersetzt ins Malagassi, die Sprache der Inselrepublik.

In den Strohdächern fiepen die Ratten

Aus einem der Strohdächer im Dorf ist das Fiepen der Nager zu hören. In Ambohitavorano sind den Wissenschaftlern besonders viele Ratten in die Fallen gegangen. Bei der anschließenden Untersuchung im Labor wurde deutlich, wie viele tödliche Krankheitserreger sie in sich tragen. Die große Bandbreite hat Nagel überrascht und alarmiert. Denn die Auswertung der Befunde zeigt, dass hier nicht nur der Pesterreger *Yersinia pestis* verbreitet ist, der vor etwa 120 Jahren aus Europa nach Madagaskar eingeschleppt wurde. Sondern auch das ebenfalls tödliche Hanta-Virus, das in der gefundenen Variante schwere Fiebererkrankungen auslöst und ähnlich wie Ebola von Blutungen begleitet



Zu folgenden Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) der Vereinten Nationen trägt das Vorhaben bei:



Gemeinsam mit einer Mitarbeiterin der Krankenstation in Ampasina macht sich das Wissenschaftlerteam mit neuen Rattenfallen vertraut.

wird. Oder der Erreger des „Schützengrabenfiebers“, das unter anderem Hirnhautentzündungen hervorruft.

Die Ergebnisse der Studie haben zwei Arbeitshypothesen klar widerlegt: zum einen, dass einige Dörfer frei von Pesterregern wären. „Der Pesterreger ist hier immer und überall verbreitet“, betont Nagel. Auch hat sich nicht bestätigt, dass Menschen in manchen Dörfern aus genetischen Gründen gegen die Krankheit immun wären. In ihrem Dorf seien vor vielen Jahren ebenfalls schon Menschen an der Pest gestorben, erzählen die Frauen und Männer. Zuletzt sei ihr Weiler aber immer verschont geblieben. Sogar 2017, als die Epidemie in Madagaskar besonders schlimm wütete. „Trotzdem müsst ihr euch besser schützen!“, schärft Nagel allen ein. Dann zählt er auf, was sie tun können: „Ihr müsst die Ratten oder Mäuse aus den Häusern verjagen und eure Vorräte fest verschließen“, empfiehlt er. Weder im Haus noch davor dürften Nahrungsreste liegen bleiben. Die Leute hören ihm aufmerksam zu, hin und wieder nicken sie. Dann zeigt Nagel auf ein Loch im Strohdach von Mariette Razafimalalas Haus: „Seht ihr? Ein Nistloch! Die Strohdächer sind für Nagetiere ein idealer Lebensraum. Tauscht sie am besten gegen Wellblechdächer aus.“ Auch die Lehmwände der Gebäude bieten einen idealen Lebensraum für die gefährlichen Mitbewohner. „Verfüllt Löcher in euren Mauern mit Beton, Zement oder Steinen!“, rät Nagel.

„Wir können uns keine Wellblechdächer leisten“, sagt Mariette Razafimalala. Je nach Größe des Hauses kostet so ein Dach umgerechnet 300 Euro, in den Dörfern Madagaskars ein Vermögen. Dasselbe gilt für Zement oder für Vorratskisten, die so fest schließen, dass sich keine Maus und keine Ratte hineinzwängen kann.

Retter durch Labor und Krankenstation

Im nächsten Dorf Tsararivotro sind einige Häuser aus gebrannten Ziegeln gemauert, nicht nur aus gestampftem Lehm hochgezogen. „Da haben Nagetiere fast keine Chance“, erklärt Nagel. Eines der Gebäude hält er sogar für „geradezu ideal“: Es ist gemauert und wurde auf einem Felsplateau errichtet, so dass die Nager sich auch nicht durch den Boden ins Haus fressen können. Außerdem ist es mit Wellblech gedeckt. Die Bewohner dachten dabei allerdings nicht an Ratten. „Hier gibt es viele bewaffnete Viehdiebe“, erklärt die 42-jährige Rasoa Zararia, die in dem Haus wohnt. „Sie zünden häufig die Strohdächer an.“ Für das Wellblechdach hat die Familie zwei ihrer Rinder verkauft. Mittlerweile haben Viehdiebe in Tsararivotro rund 60 Rinder geraubt und damit fast den gesamten Viehbestand des Dorfes – auch die beiden letzten Rinder der Familie Zararia waren darunter. In Tsararivotro sind immer wieder Menschen an der Pest erkrankt, 2017 war auch Rasoa Zararias Tochter betroffen. „Ich wusste nicht, was sie hat“, erzählt die Mutter „aber ich habe sie so schnell wie möglich nach Ampasina gebracht.“ In dem Hauptort der Gemeinde hat Bürgermeister und Mikrobiologe Rakotozandirandrainy unter anderem mit Hilfe der GIZ eine Krankenstation aufgebaut. Die SEEG brachte die Ausstattung für das Labor und schulte das medizinische Personal in der mikrobiologischen Diagnostik von Pesterregern. Für Rasoa Zararias Tochter war das die Rettung: Bei ihr wurde die Krankheit rechtzeitig diagnostiziert, die damals 18-Jährige wurde dank der verabreichten Antibiotika gesund.



Kleiner Patient in der Krankenstation von Ampasina, die mit Unterstützung der GIZ aufgebaut wurde

Bei den Menschen ist seitdem das Vertrauen in Raphaël Rakotozandirandrainy noch größer. Das ist nun ein unschätzbare Vorteil. Die Dorfbewohner haben mehr Motivation, die Empfehlungen zum Schutz vor der Pest umzusetzen. So weit zumindest, wie es ihre Ersparnisse erlauben. Und während er seinen deutschen Kollegen in die Hauptstadt zurückbegleitet, lässt den madagassischen Bürgermeister und Wissenschaftler die Frage nicht los, wie die Umbauten an den Häusern finanziert werden könnten. Bereits auf einer der nächsten Gemeinderatssitzungen stellt Rakotozandirandrainy einen Vorschlag vor: Um das Baumaterial zu bezuschussen, soll nachhaltiger Kaffee angebaut und genossenschaftlich vermarktet werden. Die Menschen von Andina nehmen den Kampf gegen die Pest selbst auf. Das könnte ein Signal für das gesamte Hochland von Madagaskar geben. —



BETTINA RÜHL berichtet seit drei Jahrzehnten aus Afrika. Die Recherche in den entlegenen Regionen Madagaskars gehört zu den besonderen ihrer Laufbahn. **TSITOHAINA STEVEN-SON RAKOTOARIVONJY** ist madagassischer Journalist.



SCHWERPUNKT

DEMO KRATIE

Mehr Gerechtigkeit, Teilhabe oder funktionierende staatliche Dienstleistungen: Was erwarten Menschen heute von Demokratie?



REPORTAGE

Demokratie lernen

Wie sich die Bürgerinnen und Bürger Ugandas für mehr Teilhabe einsetzen. **S. 18**

ÜBERBLICK

Hidden Champions

Über weniger sichtbare Heldinnen und Helden der Demokratie **S. 22**

ESSAY

Begehrt und bedroht

Professor Stefano Palestini über den Zustand der Demokratie in der Welt **S. 24**

INFOGRAFIK

Wie läuft's?

Zahlen und Fakten jenseits von Meinungen, Gefühlen und Thesen **S. 30**

INTERVIEW

„Eine Frage der Gleichheit“

Soziologin Shandana Khan Mohmand plädiert für stärkere lokale Regierungen. **S. 32**

ERKLÄRT

Zusammen etwas bewegen

Bereichsleiterin Michaela Baur zum ganzheitlichen Ansatz der GIZ **S. 34**

AUS DER ARBEIT DER GIZ

Kraft der Demokratie

Beispiele, wie sich die GIZ für Partizipation und Good Governance einsetzt **S. 35**

Schwerpunkt: Demokratie



Information und Diskussion: eine Baraza, Gemeindeversammlung, im Norden Ugandas. Anna Peter und Benson Apita (links unten) sind so oft wie möglich dabei.

Demokratie lernen

In Uganda arbeiten Bürgerinnen und Bürger erstmals an der Neuausrichtung der Energiepolitik mit. Die Juristin Claudia Apio ist unterwegs in den Dörfern, damit Wandel kein leeres Wort bleibt.

Text MARKUS SPÖRNDLI Fotos MARTIN KHARUMWA

Eine Baraza im Norden Ugandas. Zu dieser Gemeindeversammlung haben sich vierzig Interessierte aus den umliegenden Dörfern in die Schulbänke der Grundschule von Amuca gequetscht. So wie alle paar Wochen in dem Ort gut 300 Kilometer nördlich der Hauptstadt Kampala. An diesem Dienstag führt die Vorsitzende in das aktuelle Thema ein: Energie und Umwelt. Dann steht eine Frau von ihrem Plastikstuhl am Rand des Klassenzimmers auf und geht nach vorne. Claudia Apio stellt sich kurz vor. Sie ist Leiterin des „Lira NGO Forum“, einem Dachverband von Nichtregierungsorganisationen (Non-governmental organizations, NGOs) im Distrikt Lira. Die Augen sind auf die energietische Frau gerichtet, die alle in ihren Bann zieht. „Es ist wichtig, dass wir über eure Anliegen informiert sind“, ruft die 37-Jährige in die Runde. „Nur so können wir die Politik beeinflussen, damit die Energieprojekte euch, den Gemeinden, zugutekommen.“ Sie fordert die Leute auf, für ihre Interessen einzustehen. „Erinnert ihr euch an die Petition, die ihr an die Distriktbehörden gesandt hat-

tet? Ihr brauchtet eine neue Straße und sie wurde gebaut. In der Energiepolitik solltet ihr das Gleiche tun!“ Die Anwesenden nickten zustimmend.

An der Baraza haben auch Anna Peter (48) und ihr Mann Benson Apita (56) teilgenommen. Sie wohnen keine drei Minuten zu Fuß von der Schule entfernt. Auf ihrem Hof, der sich über eine Fläche von etwa einem halben Fußballfeld erstreckt, bauen sie unter anderem Mais, Erdnüsse und die Wurzelknolle Cassava an. Vor kurzem hat Anna die Orangenernte verkauft und bald sollen erstmals auch Kaffeebohnen marktreif sein. Daneben halten sie Schweine, Kühe, Ziegen und Hühner. Von ihren sechs Kindern sind noch zwei im Schulalter.

„Wir gehen, wenn immer möglich, zu den Barazas“, sagt der Kleinbauer. „Wir bekommen wichtige Informationen, können unsere Bedürfnisse äußern und auch unser eigenes Wissen weitergeben.“ Bei Umwelt und Energie etwa gibt es noch Aufklärungsbedarf. Wie die meisten im Dorf kochten sie immer noch mit Holzkohle, sagt Anna Peter: „Wir sollten besser eine Biogasanlage anschaffen, das wäre langfristig billiger und

NEUE VERNETZUNG

In Uganda arbeitet die GIZ mit einem neuen Ansatz: Im **Auftrag der EU und des BMZ** wird die Förderung der Zivilgesellschaft mit den Schwerpunkten **Energie, Wasser und ländliche Entwicklung** verwoben. Den Anfang machte der Energiebereich. Durch die eingespielte Zusammenarbeit konnte die GIZ das ugandische Ministerium überzeugen, dass sich die Energiepolitik verbessert, wenn Wissen und Forderungen der Zivilgesellschaft einfließen. Aus dem Energieministerium heißt es, dass die Partizipation nach den guten Erfahrungen ausgebaut werden solle. Gleichzeitig setzt die GIZ im Auftrag des BMZ auf die **Stärkung der Menschenrechte** in Uganda. Dazu gehören Kurse, juristische Beratungen und Kampagnen für Frauenrechte sowie für Toleranz gegenüber Minderheiten, etwa LGBTQI. Die Abkürzung steht für: **Lesbian/Lesbisch, Gay/Schwul, Bisexual/Bisexuell, Transsexual/Transsexuell, Queer, Intersex/Intergeschlechtlich.**

Kontakt: **Wolff-Michael Mors, Leiter Civil Society in Uganda Support Programme, culp@giz.de**



Voller Energie: Die 37-jährige Juristin Claudia Apio setzt sich für mehr Beteiligung der ugandischen Bevölkerung an politischen Entscheidungen ein.

schützt die Wälder.“ Die beiden haben eine kleine Solaranlage, mit der sie einen Raum beleuchten, das Mobiltelefon laden und Radio hören können. Für Geräte, die mehr Energie benötigen, müssten sie ihr Haus an das Stromnetz anschließen. „Die Leitung geht direkt bei unserem Haus vorbei“, sagt Benson Apita. „Aber die Strompreise sind für uns immer noch zu hoch.“

Seine Frau hofft, dass die Strompreise bald sinken – nicht zuletzt durch den Einsatz von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die Interessen der Menschen vertreten. Nun, da sie älter würden, wünscht sich Anna Peter ein elektrisches Bügeleisen und einen Fernseher. Vor allem könnten sie mit einem Stromanschluss einfacher und günstiger die Maiseernte zu Mehl verarbeiten. Bisher müssen sie fürs Schälen und Mahlen einen Stromgenerator mieten.

Claudia Apio war es, die 2015 begann, in ihrer Region bei den traditionellen Gemeindeversammlungen – bei denen schon immer lokale Anliegen und die Umsetzung von Politik verhandelt wurden – die Rechenschaftspflicht des Staats ins Zentrum zu stellen. „Wir alle sind dafür verantwort-

lich, was wir tun“, sagt Apio in ihrem Büro in der Distriktstadt Lira, „die Bürgerinnen und Bürger, die zivilgesellschaftlichen Organisationen und vor allem die Vertreter des Staates. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Steuern richtig verwendet werden.“ Bei den Versammlungen sind inzwischen zunehmend lokale nichtstaatliche Organisationen dabei und unterstützen die Bürgerinnen und Bürger. Apio nimmt vor allem dann teil, wenn ein konfliktreiches Thema ansteht. Etwa, wenn es um eine Auseinandersetzung zwischen der Armee und der Dorfbevölkerung geht.

Mehr Zivilgesellschaft unter einem autoritären Regime

Demokratische Errungenschaften wie Mitsprache oder Rechenschaftspflicht sind in einem Staat wie Uganda nicht selbstverständlich. Das ostafrikanische Binnenland mit fast 45 Millionen Menschen wird seit 1986 von Präsident Yoweri Museveni regiert – in zunehmend autoritärer Weise. Uganda gilt als eines der korruptesten Länder der Welt; Menschenrechtsverletzungen sind an der Tä-

gesordnung, besonders gegenüber sexuellen Minderheiten (siehe Interview).

Claudia Apio erlebte aber in den vergangenen Jahren auch beachtliche Fortschritte: „Als ich 2003 begann, mich zivilgesellschaftlich zu engagieren, wurden viele Führungsfiguren noch regelmäßig verhaftet“, erinnert sie sich. „Sie galten als Oppositionelle, die angeblich die Regierung stürzen wollten.“ Heute habe die Zivilgesellschaft eine deutlich stärkere Position gegenüber dem Staat. „Wir erhalten mittlerweile sogar Geld von der Regierung, um etwa Bauprojekte zu kontrollieren“, sagt Apio. Doch noch immer werden Leute aus der Zivilgesellschaft verhaftet, wenn sie sich politisch exponieren. „Immerhin informieren mich in solchen Fällen die Sicherheitskräfte; dann kann ich die Polizeistation anrufen und verhandeln.“

Als Kind den Terror der LRA-Extremisten überlebt

Wenn Claudia Apio irgendwo ein Problem sieht, will sie es lösen. Und sie zweifelt keine Sekunde daran, dass es für alles eine Lösung geben muss. Vielleicht hat ihr diese Einstellung schon als Kind geholfen, überhaupt zu überleben. Apio wuchs im Norden Ugandas mitten im Krieg auf, den die „Lord’s Resistance Army“ (LRA) 1987 gegen den damals neuen Präsidenten Museveni zu führen begann. Die vom christlichen Extremisten Joseph Kony angeführte Guerilla-Armee entführte Tausende von Kindern, um sie als Soldaten oder Sexsklavinnen zu missbrauchen.

Ihre Kindheit verbrachte Apio in einem „geschützten Dorf“, wie es offiziell genannt wurde, das auch Vertriebene aufnahm und von rund 250 Soldaten bewacht wurde. Trotzdem gelangten immer wieder LRA-Truppen ins Dorf. „Vier Mal wäre ich beinahe entführt worden“, erzählt Apio. „Ich habe die Männer jedes Mal ausgetrickst, versteckte mich im Haus oder rannte davon.“

Später, als die LRA nach und nach aus Uganda vertrieben wurde, wollte die junge Frau dazu beitragen, dass Kony und seine Kommandeure für ihre Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden: „Also habe ich Jura studiert.“ Als Studentin gründete Apio ihre erste zivilgesellschaftliche Organisation. Nach dem Uni-Abschluss arbeitete sie für

den deutschen Arbeiter-Samariter-Bund und hatte ein großes Ziel: Hunderttausenden Vertriebenen in über 150 Lagern zu ermöglichen, in ihre Dörfer zurückzukehren. „Dazu mussten wir nicht nur die Infrastruktur neu aufbauen; die Leute mussten auch wieder lernen, sich selbst zu versorgen“, erinnert sich Apio. „Es ging nun nicht mehr um humanitäre Hilfe, sondern um Entwicklung, und dazu musste ich den Leuten Zugang zum politischen Prozess verschaffen.“

Diesen Weg verfolgt Apio bis heute. Sie stieg 2014 beim „Lira NGO Forum“ ein. Seither unterstützt sie die siebzig Mitgliedsorganisationen dabei, ihre Rolle als Sprachrohr der Bevölkerung besser wahrzunehmen. Sie organisiert etwa Ausbildungen im Finanzmanagement oder im Bereich Interessenvertretung und Lobbyarbeit. Und sie fördert die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, etwa bei den Barazas.

Hierbei wird das „Lira NGO Forum“ von der GIZ im Auftrag des BMZ und der Europäischen Union gefördert. „Dabei steht für mich nicht das Geld im Vordergrund“, sagt Apio. „Wichtiger sind die neuen Möglichkeiten, die durch den Austausch von Ideen und den Zugang zu Informationen und Netzwerken entstehen.“ So ist Claudia Apio inzwischen zusammen mit anderen NGO-Kolleginnen und -Kollegen auch direkt an der Neuausrichtung der nationalen Energiepolitik beteiligt.

Für Claudia Apio ist das ein vielversprechender Anfang – wenn auch noch kein demokratischer Wandel. Aber wo ein Problem ist, muss auch eine Lösung sein. Nach der Energiedebatte in der Gemeindeversammlung in der Grundschule von Amuca ruft sie den Leuten zu: „Es ist eure Pflicht, Politiker zu wählen, die euch dienen. Registriert euch für die kommende Wahl und fordert eure Nachbarn auf, es euch gleichzutun!“ —

Zu folgenden Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) der Vereinten Nationen trägt das Vorhaben bei:



INTERVIEW



ADRIAN JJUUKO

Menschenrechtsanwalt und Direktor des „Human Rights Awareness and Promotion Forum“ in Uganda

In letzter Zeit hat sich die Menschenrechtssituation für Angehörige sexueller Minderheiten weiter verschlechtert. Warum?

Das Wahlkampfieber hat Uganda bereits erfasst, obwohl die Entscheidung erst 2021 fällt. Der Musiker Bobi Wine – der vor allem bei der jungen Generation beliebt ist – sorgt bei der Partei des amtierenden Präsidenten Yoweri Museveni für rote, wütende Köpfe. Die Parteimitglieder fürchten um ihre Macht. Um sich die Mehrheit zu sichern, gehen sie mit homophoben Aktionen auf Stimmenfang.

Wie tun sie das konkret?

Im Oktober 2019 gab der Ethik-Minister Simon Lokodo bekannt, ein Gesetz, das die Todesstrafe für homosexuelle Handlungen vorsieht, wieder einführen zu wollen. Kurz darauf sind einige Aktivistinnen und Aktivisten verhaftet worden, danach auch alle Gäste einer LGBTIQ-freundlichen Bar.

Warum verfangen homophobe Parolen bei vielen Wählerinnen und Wählern?

Zunächst ist es wichtig festzuhalten, dass die Situation für LGBTIQ in Uganda nicht ganz so schlecht ist, wie es durch Medienberichte erscheint. Die allermeisten Menschen haben andere Sorgen und wissen eigentlich nichts darüber. Doch zeigt die Ermordung von zwei Personen aus der LGBTIQ-Gemeinschaft Ende 2019, dass homophobe Gewalt zunehmend ein Thema wird. Viele Leute werden von evangelikalen Predigern manipuliert, die sexuelle Andersartigkeit als Todsünde brandmarken und die menschliche Angst vor dem Unbekannten ausnutzen. Auf dieser Grundlage funktionieren homophobe politische Kampagnen.

Wie kann die Situation verbessert werden?

Das Gesetz, das homosexuelle Handlungen verbietet, stammt noch aus der britischen Kolonialzeit. Die meisten Aktivistinnen und Aktivisten wollen dieses abschaffen. Ich finde nicht, dass darauf jetzt die Priorität liegen sollte. Wir sollten uns vielmehr auf das Wesentliche konzentrieren: Gleichheit für alle. Wir müssen mit Politikerinnen und Politikern, sogar mit evangelikalen Predigern sprechen. Auch die Menschenrechtstrainings für Polizeiangehörige, die von der GIZ unterstützt wurden, sollten wieder aufgenommen werden. Nur so können wir in der ugandischen Gesellschaft eine Bewusstseinsveränderung in Gang setzen.



MARKUS SPÖNDLI ist Journalist in Nairobi, Kenia. Er ist auf Entwicklungsfragen spezialisiert und schreibt für deutschsprachige Medien wie die Neue Zürcher Zeitung.

MARTIN KHARUMWA ist freier

Fotograf in Ostafrika. Er arbeitet auch mit Künstlern zusammen, um ein Werk zu schaffen, das seine Weltgegend besonders beleuchtet.

Hidden Champions

Neben Prominenten wie Mahatma Ghandi, Nelson Mandela oder Kofi Annan gibt es unzählige weniger sichtbare Personen und Initiativen, die sich unschätzbare Verdienste für Freiheiten und Bürgerrechte erworben haben. Einige davon stellen wir hier vor.



RAFAEL MARQUES DE MORAIS

*Ein angolanischer Journalist,
der Missstände anprangert*

Er tritt für freie Presse und faire soziale Verhältnisse in Angola ein und hat sich bei seiner Arbeit als investigativer Journalist immer wieder mit den Herrschenden in seinem Land angelegt. So hat Rafael Marques de Morais etwa im Wochenmagazin „Angola“ 1999 einen Artikel über den damaligen Präsidenten José Eduardo dos Santos veröffentlicht und ihn darin als korrupten Diktator bezeichnet. Dafür wanderte er für 43 Tage ins Gefängnis. Später prangerte er Menschenrechtsverletzungen in den Diamantenminen an und warf dem Generalstaatsanwalt illegalen Landerwerb vor. Auch darauf folgten Verurteilungen und eine Haftstrafe. Inzwischen hat die Regierung gewechselt; Präsident João Manuel Gonçalves Lourenço hat selbst der Korruption den Kampf angesagt und Marques ermuntert, kritisch weiterzuschreiben. —



LUCIA DIAZ

*Eine mexikanische Mutter,
die ihren Sohn sucht*

Sie kämpft gegen das Vergessen und die Passivität staatlicher Stellen in Mexiko, die Täter allzu häufig ungestraft davonkommen lassen. Lucia Diaz' Sohn wurde 2013 in Veracruz entführt und ist seither verschwunden. Als Reaktion darauf gründete sie 2014 die Nichtregierungsorganisation „Colectivo Solecito de Veracruz“, die geheime Gräber aufspürt und versucht, Täter zur Verantwortung zu ziehen. Zusammen mit einigen Hundert anderen Müttern tritt sie für Gerechtigkeit, einen handlungsfähigen Rechtsstaat und aktive Strafverfolgung ein. „Wir werden nicht aufhören, unsere Kinder zu suchen“, sagt sie, auch wenn die Wahrscheinlichkeit, sie lebend zu finden, nicht sehr hoch sei. Außerdem unterstützt Lucia Diaz ein Programm namens „Shelter City“, das Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten in Gefahr für gewisse Zeit Zuflucht bietet, damit sie Kraft tanken können. —



ARTHUR KHARYTHONOV

*Ein ukrainischer Jurist,
der für Bürgerrechte eintritt*

Er engagiert sich für liberale demokratische Werte in der Ukraine. Der Jurist ist Gründer und Präsident der „Liberalen Demokratischen Liga der Ukraine“. Sie geht auf eine Studenteninitiative zurück und ist eine gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, der nur junge Menschen angehören, die nach 1991 – der Unabhängigkeit des Landes – geboren sind. Mit dem Slogan „Leben, Freiheit, Glück“ setzt sie sich für Bürgerrechte und bürgerliche Freiheiten unter anderem in der Ukraine ein. Der 24-jährige Kharythonov, zudem Autor von drei Romanen und verschiedenen Kurzgeschichten, möchte mit seiner Arbeit ein Zeichen gegen alte Strukturen in seinem Land setzen. „Wir sind Vertreter einer neuen Generation“, sagt er, „keine Marionetten der Oligarchen.“ Zu den Aktivitäten der Liga gehören neben Aufklärungsarbeit und Kampagnen etwa Solidaritätsaktionen mit den Demonstranten in Hongkong. —



AYLEEN JOVITA ROMERO

*Eine chilenische Sopranistin,
die von einem Balkon singt*

Ayleen Jovita Romero hat bei den Massenprotesten in Chile ihre schärfste Waffe eingesetzt – ihre Stimme: Die Opernsängerin ließ sich von einer Ausgangssperre der Regierung nicht beeindrucken und sang am 21. Oktober 2019 ein im Land sehr bekanntes Protestlied von ihrem Balkon herunter. Mit großer Leidenschaft schmetterte sie „El derecho de vivir en paz“ („Das Recht, in Frieden zu leben“) in die ansonsten ziemlich stille Hauptstadt Santiago de Chile hinein. Und erhielt dafür überwältigenden Zuspruch. Zunächst von ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, die den Gesang mit frenetischem Beifall quittierte. Später über die sozialen Netzwerke, wo ihr Auftritt bald eine millionenfache Anhängerschaft fand, und zwar weit über Chile hinaus. Seither genießt Ayleen Jovita Romero in Chile Kultstatus. —



JOSHUA WONG

*Ein Student in Hongkong,
der für Demokratie demonstriert*

Er ist einer der Anführer der Protestierenden in Hongkong, die seit Monaten für freie Wahlen und Demokratie auf die Straßen ziehen. Ihr Markenzeichen sind bunte Regenschirme, mit denen sie sich gegen Angriffe der Polizei schützen. Der 23-Jährige, der bereits 2011 eine Schüleraktivistengruppe gründete und seither politisch aktiv ist, wurde mehrfach verurteilt und verhaftet, kam bisher aber immer wieder frei. Ihre Kernforderung, Verdächtige nicht an Festlandchina auszuliefern und dort vor Gericht zu stellen, haben die Demonstranten erreicht. Der Gesetzentwurf wurde ausgesetzt. Nun fordern sie, ihn dauerhaft zurückzunehmen und Chinas Einfluss in Hongkong zurückzudrängen. Wong sieht sich und seine Mitstreiter an einer Art Demarkationslinie: „Wenn wir in einem neuen Kalten Krieg sind, dann ist Hongkong das neue Berlin“, sagte er unlängst. —

Wahlen unter die Lupe nehmen

Ob Wahlen wirklich fair und frei waren, ist immer wieder Gegenstand von erbitterten Debatten. Da hilft das Urteil neutraler, internationaler Beobachter wie jenes der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Sie ist eine Staatenkonferenz zur Friedenssicherung und die Nachfolgeorganisation der KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), die 1975 auf der Höhe des Kalten Krieges gegründet wurde. Die OSZE hat unter anderem in den vergangenen Jahren mehr als 300 Wahlen in ihren 57 Mitgliedstaaten geprüft. Dafür entsendet sie meist für einige Wochen Expertinnen und Experten mit unterschiedlichen Spezialkenntnissen. Nach dem Ende des Kalten Krieges galt die Aufmerksamkeit der OSZE vorwiegend den Transformationsländern Osteuropas. Mittlerweile wendet sie sich auch anderen Staatengruppen zu. Das hängt nicht zuletzt mit dem Aufkommen elektronischer Wahlverfahren zusammen, die neue Gefahren mit sich bringen. So war die OSZE bei den letzten Präsidentschaftswahlen in den USA aktiv. Auch die Bundestagswahl 2017 hat sie mit einem kleinen Team kritisch begleitet. Die OSZE gehört zu den renommiertesten Organisationen in Sachen Wahlbeobachtung weltweit. —



Die sozialen Medien kritisch begleiten

Myanmar befindet sich nach langer Militärdiktatur auf dem Weg zu einer Demokratie. Doch ethnische und religiöse Konflikte der Vergangenheit, kombiniert mit der schnellen Verbreitung des Internets, haben zum Anstieg von Hassbeiträgen in den sozialen Medien geführt. Erschwerend kommt hinzu: Facebook stellt für die meisten Menschen in Myanmar die einzige Informationsquelle dar. Dass die muslimische Minderheit der Rohingya brutal verfolgt wird und 2017 mehr als 700.000 von ihnen flüchteten, hat den Vereinten Nationen zufolge auch mit Facebook zu tun, das eine „entscheidende Rolle“ beim Schüren von Hass gespielt habe. Deshalb hat die GIZ die Pilotmaßnahme „Supporting Voices of Pluralism“ gestartet, mit der sie Meinungsvielfalt fördern möchte. Sie unterstützt zivilgesellschaftliche Organisationen darin, Hassrede gegen Minderheiten in den sozialen Medien herauszufiltern und zu analysieren. Zugleich sollen weniger gehörte Stimmen auf Facebook zu Wort kommen. —

Schwerpunkt: Demokratie



Begehrt und bedroht

Überall auf der Welt wünschen sich Menschen demokratische Verhältnisse. Sie verstehen darunter nicht nur Wahlen, sondern vor allem Gleichberechtigung, Teilhabe und Zugang zu elementaren Diensten wie Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Mobilität. Das erläutert **Professor Stefano Palestini** am Beispiel Chiles.

Illustrationen: Florian Bayer

Am 25. Oktober 2019 hat die bisher größte Demonstration in der Geschichte Chiles stattgefunden: Rund eine Million Menschen protestierten in der Hauptstadt Santiago und forderten nur eines – nämlich „Würde“. Vor drei Jahrzehnten sind die Chileninnen und Chilenen schon einmal massenhaft auf die Straße gezogen. Damals demonstrierten sie für ein Ende der Militärdiktatur und für eine demokratisch gewählte Regierung. Heute empfinden sie ihre soziale und wirtschaftliche Situation als zutiefst ungerecht und verlangen eine radikale Veränderung. Auch von politischen Institutionen fordern sie ein Ende von Missbrauch und Korruption.

Sind solche Demonstrationen nun ein Zeichen für die Krise der Staatsform Demokratie? Oder sind sie – im Gegenteil – ein Mittel, um die Demokratie zu stärken? Vereinfacht gesagt ist Demokratie ein politisches System, in dem verschiedene Kräfte um die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei Wahlen in Wettbewerb treten. Mehr als 40 Prozent der Weltbevölkerung leben derzeit in Ländern, die diese minima-

IN DIESEM BEITRAG

1. LAGE

In Chile und der Welt:
Welche minimalen
Voraussetzungen Demokra-
tien erfüllen müssen.

2. GEFAHREN

Freie Wahlen, Rechtsstaat-
lichkeit, Meinungsfreiheit:
An diesen Stellen ist das
politische System gefährdet.

3. CHANCEN

Klare Regeln, pluralistische
Medien, starke junge
Systeme: Mit diesen Mitteln
helfen wir der Demokratie.

le Voraussetzung erfüllen. Doch eigentlich ist Demokratie umfassender zu verstehen. Sie geht über das reine Wählen hinaus und muss drei weitere Voraussetzungen erfüllen: Institutionen, die die Macht der gewählten Vertreterinnen und Vertreter kontrollieren und für die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz sorgen. Institutionen, die einen Austausch innerhalb der Bevölkerung ermöglichen, der für Wahlen und fundierte Entscheidungen nötig ist. Und schließlich Institutionen, die eine öffentliche Grundversorgung in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Wohnen und Transport gewährleisten.

In einigen europäischen Demokratien finden wir all diese Aspekte wieder. Für die meisten Menschen auf der Welt ist dieser Idealtyp von Demokratie allerdings nur ein fernes Ziel. In Chile bedeutet die Forderung nach mehr Würde eine bessere Versorgung mit öffentlichen Gütern. In Hongkong verlangen die Bürgerinnen und Bürger mehr politische Rechte und im Sudan den Übergang zu einer zivilen, demokratischen Regierung. Die Anliegen der Demonstrierenden mögen sich unterscheiden, aber

letztlich verfolgen sie alle dasselbe Ziel: den Wunsch nach einem politischen System mit wahrhaft demokratischen Institutionen.

Nicht jeder Konflikt ist gleich eine Krise

Immer wieder ist von wissenschaftlicher Seite und in Kommentaren zu hören, die Demokratie befinde sich in einer Krise. Eine Aussage, die wir überprüfen sollten. Denn nicht jeder Konflikt ist gleich eine Krise. Meinungsverschiedenheiten und Konflikte gehören per Definition zu demokratischen Gesellschaften. Sie bestehen aus einer Vielzahl an Gruppen, die unterschiedliche Vorstellungen davon haben, wie das Zusammenleben organisiert sein sollte. Im Gegensatz zu Autokratien – wie Monarchien oder Einparteiensystemen – können in Demokratien alle Gruppen ihre Meinungen frei äußern und um die Macht im Staat konkurrieren. Problematisch wird es, wenn Konflikte nicht mehr als normal betrachtet werden, sondern die Vertreterinnen und Vertreter abweichender Meinung (die „anderen“) als Feinde gelten, die schikaniert, angegriffen oder sogar beseitigt werden müssen. Dann befindet sich die Demokratie in einer ernststen Krise, die sogar zum Zusammenbruch des Systems führen kann.

In Venezuela zum Beispiel sahen sich Regierung und Opposition als Feinde. Das führte 2002 zu einem fehlgeschlagenen Putschversuch gegen Präsident Hugo Chá-

„Nicht jeder Konflikt ist gleich eine Krise. Meinungsverschiedenheiten und Konflikte gehören per Definition zu demokratischen Gesellschaften.“

vez. Als Reaktion darauf unterdrückte er die Opposition und begann, das Rechtssystem zu kontrollieren. Chávez-Nachfolger Nicolás Maduro entzog 2017 schließlich dem von der Opposition geführten Parlament die Macht; damit trieb er das Land in eine ausweglose Spirale zunehmender Repression.

Demokratien sind an verschiedenen Stellen gefährdet: Betroffen sein können Wahlen, politische und bürgerliche Rechte, die Rechtsstaatlichkeit, der öffentliche Diskurs oder die sogenannten öffentlichen Güter. Unregelmäßigkeiten bei Wahlen gibt es häufiger. Zwar sind Studien zufolge Wahlen in den vergangenen dreißig Jahren insgesamt freier und fairer geworden, aber in letzter Zeit hat sich dieser Trend wieder ge-



wendet: In 27 von 158 Ländern waren 2018 Wahlen weniger frei und fair als 2008.

Wenn Regierungen am Sessel kleben

Regelverstöße bei Wahlen können überall vorkommen. Besonders häufig treten sie aber in jüngeren und instabileren Demokratien auf, wie bei den Präsidentschaftswahlen 2019 in Kasachstan oder Bolivien. Regierungen junger Demokratien sind häufig versucht, die staatliche Macht zu missbrauchen, um sich im Amt zu halten, und machen deshalb der Opposition das Leben schwer. Manche behindern schlicht den Wahlkampf, wie der kasachische Präsident Kassim Tokajew unlängst. Oder sie kontrollieren die Behörden, die für die Organisation und Auszählung der Wahl verantwortlich sind, wie der sambische Staatspräsident Edgar Lungu im Jahr 2016.

Zweitens können Institutionen unter Beschuss geraten, die eigentlich die Rechte der Bürgerinnen und Bürger schützen sollen. Dabei gehen Wahlrechts- oder Rechtsverstöße oft von den herrschenden Regierungen selbst aus. Das gilt sogar für relativ stabile Demokratien wie die USA. So versucht etwa der amerikanische Präsident, den Rechtsstaat auszuhöhlen, indem er von seinem Recht auf Begnadigung bei politischen Verbündeten Gebrauch macht. Oder indem er Medien wie die New York Times attackiert und sogar gerichtlich gegen sie vorgeht. In Ungarn unterdrückt die Regierungspartei Fidesz zivilgesellschaftliche Organisationen, weil sie ihnen vorwirft, die nationale Sicherheit zu gefährden. Außerdem hat sie die Kompetenzen des Verfassungsgerichts eingeschränkt – und damit Kontrollen über die Regierung gelockert.

Regierungen sind aber bei weitem nicht die einzigen, die die Rechtsstaatlichkeit aushöhlen. In Ländern mit stark gespaltenen Gesellschaften wie Nigeria oder den Philippinen werden wichtige Ämter wie Richter und Staatsanwälte von der Privatwirtschaft kontrolliert. In solchen Gesellschaften ist das Vertrauen in den Staat drastisch gesunken. Menschen bekommen den Eindruck, dass wirtschaftliche Interessen über das Wohl der Bevölkerung gestellt werden. Genau das ist

„Regierungen junger Demokratien sind häufig versucht, die staatliche Macht zu missbrauchen, um sich im Amt zu halten, und machen deshalb der Opposition das Leben schwer.“

ein häufiger Grund für Unzufriedenheit mit der Demokratie und gleichzeitig Nährboden für „starke Anführer“ und Demagogen wie den brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro oder den philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte. Sie versprechen, die Macht an „das Volk“ zurückzugeben, und schränken dann genau jene politischen und zivilen Rechte wieder ein, welche die Bürgerinnen und Bürger gestärkt sehen wollen.

Unabhängige Medien sind gefährdet

Und drittens können die Herrschenden in Politik und Wirtschaft die öffentliche Meinungsbildung durch unabhängige und pluralistische Medien behindern. In Polen etwa übernahm die regierende Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) die Kontrolle über die staatlichen Sender und schüchterte ausländische Medien wie den US-amerikanischen Sender TVN ein. In Brasilien – einem sozial und ethnisch stark gespaltenen Land mit über 210 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern – kontrollieren dafür drei Unternehmensgruppen die wichtigsten 19 nationalen Medienkanäle. Sie stehen in enger Verbindung zu den mächtigsten Familien im Land. Allein die Grupo Globo erreicht durch ihr Mediennetzwerk fast die Hälfte der Bevölkerung. Diese Konzerne sind gleichzeitig auch noch in anderen Branchen aktiv, etwa im Finanzsektor oder in Immobiliengeschäften, und haben damit beunruhigend viel Macht und Einfluss in ihren Händen.

Auch soziale Medien können die öffentliche Meinungsfindung beeinflussen. Etwa wenn dort Hassreden gegen Minderheiten oder Fake News verbreitet werden, die Menschen daran hindern, gut informiert Entscheidungen zu treffen. Nehmen wir als mögliche Beispiele die jüngsten Massenproteste in Hongkong oder Chile, wo Demonstrierende und Passanten kaum noch Falschinformationen und Desinformation von Fakten zu unterscheiden wussten.

Zudem werden ausländische Mächte und Unternehmen wie Cambridge Analytica und Ponte Estratégia untersucht, weil sie unter dem Verdacht stehen, den Wahlkampf der letzten Präsidentschaftswahlen in den USA und Brasilien beeinflusst zu ha-

ben. Dafür sollen sie digitale Profile von Millionen Menschen in Bezug auf soziale Faktoren, ethnische Zugehörigkeit und politische Einstellungen erstellt haben, um dann zielgruppengerecht Anzeigen in den sozialen Medien zu platzieren. Das Auftreten derartiger „digitaler Politik“ passt allerdings in das bereits bekannte Muster, in dem der Staat oder die Wirtschaft die Medien kontrolliert. Dort, wo Medien ein breites Meinungsbild wiedergeben und frei sind von staatlichem oder privatem Einfluss, ist die Bevölkerung tendenziell auch weniger Manipulationen und Falschinformationen über die sozialen Medien ausgesetzt.

Schließlich sind demokratische Systeme auch dann gefährdet, wenn Staaten es nicht schaffen, ihre Bürgerinnen und Bürger mit öffentlichen Gütern zu versorgen.

Damit haben alle Länder zu kämpfen, unabhängig von Entwicklungsgrad und demokratischer Reife des Staates. Allerdings fällt die qualitative Bewertung der Dienstleistungen unterschiedlich aus: In wohlhabenderen Ländern, etwa in Westeuropa, ist die Bevölkerung fordernder, legt höhere Maßstäbe an staatliche Dienste an. Gerade in liberalen Marktwirtschaften, wo der Staat Teile seiner Verantwortung als Versorger und Marktregulierer abgegeben hat, liegt hier eine besonders wichtige Ursache für die Unzufriedenheit der Menschen.

In den heutigen neoliberalen Gesellschaften sind Bildung, Gesundheit und Wohnen keine universellen Rechte mehr. Es sind entweder teure Güter für die Ober- und Mittelschicht oder minderwertigere Ware für die untere Mittelklasse und die

Armen. In Großbritannien und Chile – beides neoliberale Ökonomien – ist sogar das Wasser privatisiert. Um Zugang zu Gesundheitsdiensten, Bildung oder Wohnraum zu erlangen, müssen sich Menschen entweder verschulden oder sie sind auf die bestehenden mangelhaften Angebote angewiesen. Dieses Modell ist zutiefst unfair und die Ursache dafür, dass Menschen zum Beispiel in Chile auf die Straße gehen.

Extreme Unterschiede als Nährboden für Populisten

Bereits vor 2.300 Jahren warnte Aristoteles: „Ein Gemeinwesen, in dem extremer Reichtum und extreme Armut herrschen, besteht nicht aus freien Menschen, sondern aus Sklaven und Herren, wobei die einen



von Neid, die anderen von Verachtung zerfressen sind.“ In Großbritannien sollen die sozialen Probleme entscheidenden Einfluss auf das Brexit-Referendum entfaltet haben.

Besondere Verantwortung internationaler Akteure

Vor dem Hintergrund globaler wirtschaftlicher Turbulenzen und wachsender Konkurrenz zwischen Weltmächten spielen deshalb internationale Akteure eine entscheidende Rolle. Zum ersten Mal seit den 1930er Jahren übersteigt die Zahl der Länder, deren demokratische Institutionen Schwächen zeigen, die Zahl jener Länder, in denen die Demokratisierung Fortschritte macht. Zudem sehen wir antidemokratische Tendenzen in Staaten, die wegen ihrer Größe, Bevölkerung und ihrer geopolitischen Lage im internationalen Gefüge von großer Bedeutung sind, wie in der Türkei, in Brasilien, Südafrika, Indonesien oder in den USA.

Gleichzeitig sind Staaten heute – im Gegensatz zu den 1930er Jahren – in ein Netz internationaler Normen und Organisationen eingebettet. Zusammenschlüsse wie die Organisation Amerikanischer Staaten oder die Afrikanische Union besitzen Instrumente, mit denen sie Verstöße gegen demokratische Grundsätze bei ihren Mitgliedern überwachen und sogar sanktionieren können. Damit lassen sich Wahlfälschungen oder sogar offene Putschversuche gegen eine demokratisch gewählte Regierung verhindern. Umgekehrt können internationale Organisationen aber auch an Relevanz verlieren, wenn die Regierungen ihrer Mitglieder insgesamt undemokratischer werden.

Es gibt also noch viel zu tun: Es muss mehr Regeln für die globalen Medien und Plattformen in den sozialen Medien geben, um zu verhindern, dass Informationen manipuliert werden. Außerdem müssen wir

„Zum ersten Mal seit den 1930er Jahren übersteigt die Zahl der Länder, deren demokratische Institutionen Schwächen zeigen, die Zahl jener Länder, in denen die Demokratisierung Fortschritte macht.“

die Praktiken transnationaler Unternehmen und globaler Lieferketten regulieren und diese Regeln dann auch durchsetzen. Andernfalls vergrößern sich die Kluft und soziale Ungleichheit im globalen Süden und Osten der Welt.

Auch sollten junge Demokratien mehr dabei unterstützt werden, ihre Rechtssysteme und Strafverfolgungsbehörden zu stärken. Multilaterale Finanzinstitutionen sollten aufgeschlossene demokratische Politiker und Politikerinnen unterstützen, die eine unkonventionelle Umverteilungspolitik anstreben. Nur dann können diese die Interessen der Unterschicht und unteren Mittelschicht vertreten und den Aufstieg autoritärer Politikerinnen und Politiker verhindern. Auf diese Weise könnte die internationale Gemeinschaft dazu beitragen, die Verheißungen der Demokratie zu verwirklichen.

Proteste wie die in Chile sind kurz gesagt beides: ein Spiegel der Gefahren für die Demokratie, aber auch eine Forderung nach ihrer besseren Ausgestaltung. Die Chileninnen und Chilenen sind dabei, eine neue, demokratisch verfasste und von der Bevölkerung akzeptierte politische Verfassung zu erarbeiten. In deren Mittelpunkt sollen Würde und soziale Gerechtigkeit stehen. Aber die Revolutionen in Osteuropa und im Arabischen Frühling haben gezeigt, dass solche Prozesse sehr fragil sein können. Umso wichtiger sind Politikerinnen und Politiker, die das Erstarken autoritärer Kräfte durch eine umsichtige Politik verhindern. Denn diese können demokratische Institutionen weiter aushöhlen oder sogar komplett zerstören. —

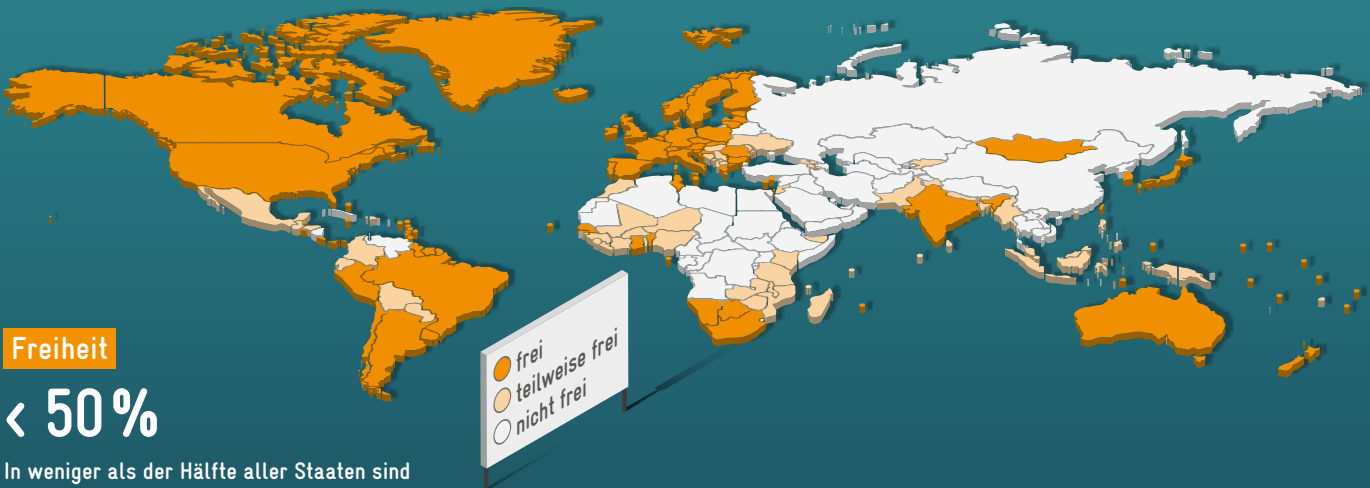


STEFANO PALESTINI

ist ein chilenischer Soziologe und Politologe. Er hat unter anderem das Projekt „Regional Organisations and Mechanisms for Democracy Protection in Latin America, the Caribbean, and the European Union“ betreut.

Wie läuft's?

Zur Lage der Demokratie gibt es viele Meinungen, Gefühle und Thesen. Ein Blick in die Welt der Zahlen hilft bei der Einordnung.



Freiheit

< 50 %

In weniger als der Hälfte aller Staaten sind die Menschen frei, in den anderen haben sie nur eingeschränkte bürgerliche Freiheiten. Dabei gelten diese – neben dem Wahlrecht – als ein Hauptmerkmal von Demokratien. Quelle: freedomhouse.org

Überalterung

Parlamente gelten als Herz der Demokratie. Doch es fehlt an Nachwuchs: Nur 2,2 Prozent aller Parlamentarier*innen weltweit sind unter 30. Junge Menschen sind auch seltener Mitglied politischer Parteien. Quelle: ipu.org

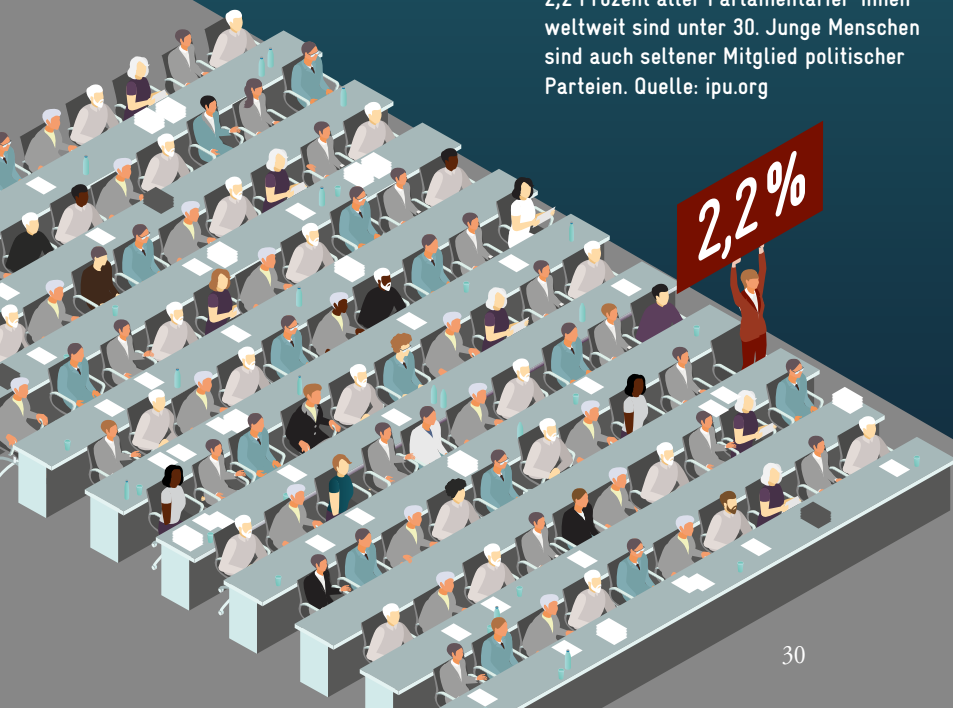
Kleinste und größte

1,3 Milliarden

Die kleinsten Demokratien der Welt sind die Pazifikinseln Tuvalu und Nauru mit jeweils über 10.000 Einwohner*innen. Die größte ist Indien mit mehr als 1,3 Milliarden Menschen. Quelle: thecommonwealth.org

Monarchien

In fast vier Dutzend Staaten gibt es bis heute Könige oder Königinnen als Staatsoberhäupter – häufig auch in Demokratien, gekoppelt mit gewählten Regierungen und Parlamenten. In Großbritannien natürlich, aber zum Beispiel auch in Japan, Andorra, Jordanien oder Thailand. Quelle: usnews.com



Immer mehr Wählende

2 Milliarden

Im Jahr 2019 traten fast zwei Milliarden - oder etwa ein Viertel aller - Menschen in mehr als 50 Ländern an die Urnen. Die größte Wahl mit fast 800 Millionen Teilnehmenden fand in Indien statt. In Indonesien wählten fast 190 Millionen Menschen. Quelle: globalsecurity.org

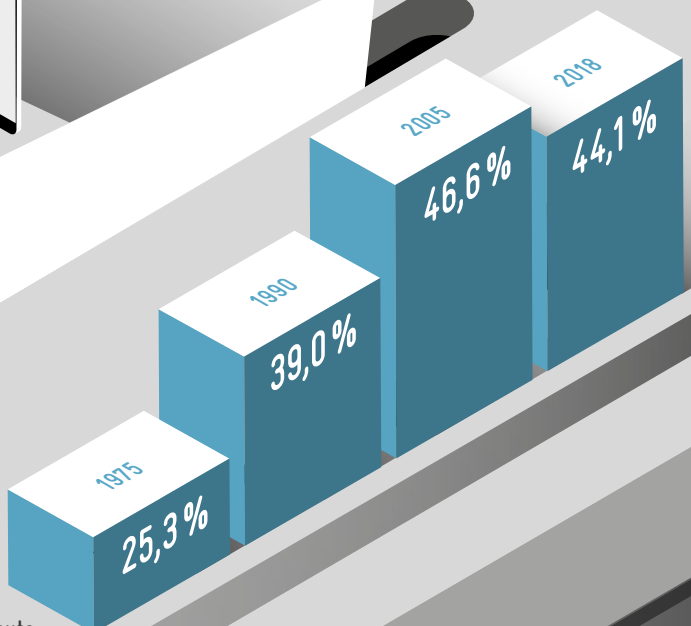
Erste Wahl

In den meisten Ländern der Welt - in über 100 - wählen junge Menschen zum ersten Mal mit 18. In anderen wie Kuba, Brasilien oder Österreich schon mit 16. Das Land mit dem höchsten Wahlalter (25) sind die Vereinigten Arabischen Emirate. Quelle: worldatlas.com



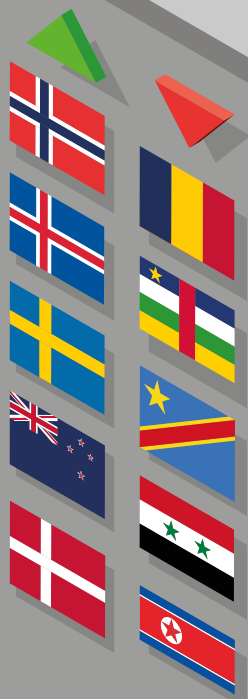
E-Democracy

In der Digitalisierung liegt die große Hoffnung auf mehr Teilhabe der Bevölkerung an politischen Prozessen. Als die am weitesten in der Digitalisierung fortgeschrittene Gesellschaft gilt derzeit Estland. Dort wählt schon fast die Hälfte der Bevölkerung übers Internet. Quelle: e-estonia.com



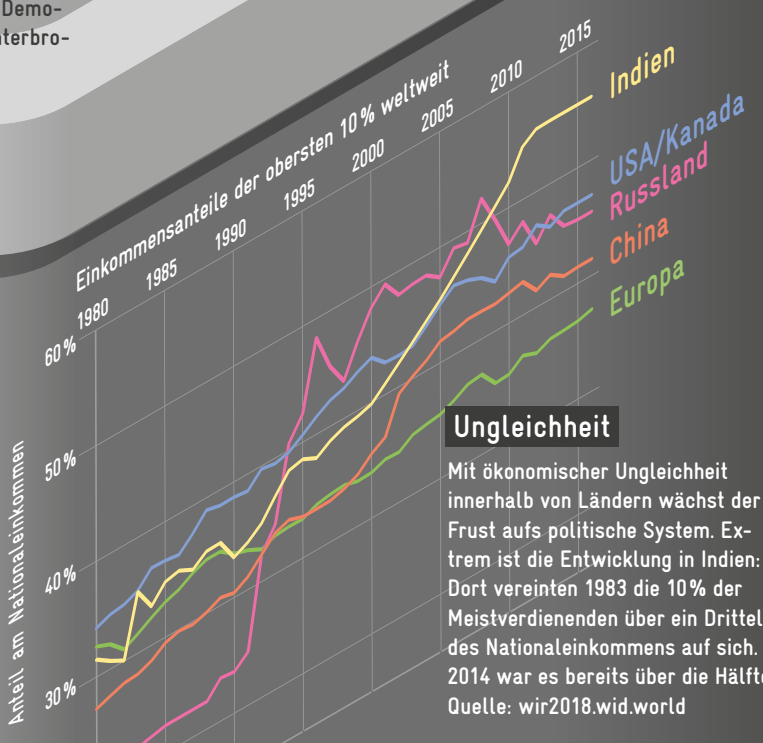
Rückläufige Tendenz

Die Zahl der „freien Länder“ ist heute deutlich höher als in Zeiten des Kalten Krieges, aber zuletzt leicht gefallen. Die klare Bewegung hin zu liberalen Demokratien ist derzeit mindestens unterbrochen. Quelle: freedomhouse.org



Stärkste und schwächste

Als die stärksten Demokratien, gemessen an fünf Kriterien wie Wahlrecht, Regierungsfähigkeit oder bürgerlichen Rechten, galten zuletzt Norwegen, Island, Schweden, Neuseeland und Dänemark. Am anderen Ende der Skala standen Nordkorea, Syrien, Demokratische Republik Kongo, Zentralafrikanische Republik und Tschad. Quelle: The Economist



Ungleichheit

Mit ökonomischer Ungleichheit innerhalb von Ländern wächst der Frust aufs politische System. Extrem ist die Entwicklung in Indien: Dort vereinten 1983 die 10% der Meistverdienenden über ein Drittel des Nationaleinkommens auf sich. 2014 war es bereits über die Hälfte. Quelle: wir2018.wid.world

„Eine Frage der Gleichheit“

In Demokratien sollten Städte und Gemeinden mehr Befugnisse erhalten. Sie prägen den Alltag der Menschen und sind entscheidend für ihre Zufriedenheit, sagt die Soziologin **Shandana Khan Mohmand** vom Institut für Entwicklungsstudien an der Universität von Sussex.

Interview: Friederike Bauer

Sie haben weltweit zahlreiche Studien zur politischen Teilhabe durchgeführt – wie steht es aktuell um die Demokratie?

Es gibt gute und schlechte Nachrichten. Fast die Hälfte aller Länder hat heute ein demokratisches Regierungssystem, also mehr als jemals zuvor. Andererseits ist seit einigen Jahren eine gewisse Abkehr von demokratischen Werten zu beobachten. Und die Hälfte ist natürlich immer noch nur die Hälfte.

Ist die vielzitierte Gefahr des Populismus also übertrieben?

Dieser Trend existiert zweifellos, aber er wird auch ein bisschen dramatisiert. Das hat wahrscheinlich mit der Tatsache zu tun, dass er in mindestens drei Staaten zu beobachten ist, die als etablierte und lebendige Demokratien galten: den USA, Indien und Brasilien.

Beschränkt sich die Skepsis gegenüber der Demokratie auf bestimmte Regionen?

Nein, es finden sich Beispiele und ähnliche Muster auf allen Kontinenten: Abgesehen von den schon genannten Staaten USA und Brasilien gehören dazu Länder wie Burundi, Ungarn, die Türkei oder die Philippinen.

Gibt es Unterschiede darin, was Menschen von einer Demokratie erwarten?

Alle erwarten von ihren Regierungen, dass sie sich für ihre Bedürfnisse stark machen, dass sie Rechenschaft ablegen, transparent arbeiten und der Bevölkerung Teilhabe ermöglichen. Das trifft unabhängig vom Ent-

wicklungsstand der Länder zu. Der große Unterschied besteht in den Themen, die die Wähler beschäftigen. In fortgeschrittenen Demokratien und reicheren Ländern dreht sich die Diskussion eher um Weltanschauungen und allgemeine politische Programme. In großen Teilen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas geht es dagegen noch sehr stark um den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie Wasser, Sanitäranlagen oder Gesundheitsversorgung.

Ist den Menschen wirtschaftliches Wohl wichtiger als politische Freiheiten?

Wahlen und gesellschaftliche Freiheiten gehören eindeutig zur Demokratie. Darüber hinaus muss sichergestellt sein, dass die ganze Bevölkerung Zugang zu Ressourcen erhält und wirtschaftliches sowie soziales Wohlergehen für alle gegeben ist. Genau an diesem Punkt haben demokratische Systeme in den vergangenen 30 Jahren versagt – auch wenn Autokratien nicht mehr zu leisten vermögen.

Wie können Regierungen dieses Versagen verhindern?

Viele Regierungen haben sich zu stark auf den Markt verlassen. Aber zumindest einen Teil der Bevölkerung versorgt der Markt nicht. Hier muss der Staat einspringen und umverteilen.

Was genau sollte stärker staatlich reguliert werden?

Hauptsächlich sind das die drei Bereiche

Steuer-, Gesundheits- und Bildungssystem. Regierungen sollten fortschrittlich und wirksam besteuern, um mit dem Geld bessere Versorgungsleistungen für alle zu ermöglichen. In den meisten Ländern ist Bildung stark nach Schichten getrennt. Ungleichheit wird noch zementiert, weil Bildung die spätere ökonomische Lage quasi vorherbestimmt. Auch Gesundheitsversorgung ist an vielen Orten der Welt nicht für alle zugänglich oder bezahlbar. Die Punkte auf dieser Liste mögen simpel klingen, aber sie gehören häufig nicht zu den Prioritäten von Regierungen. Doch ohne sie ist soziale und wirtschaftliche Mobilität schwierig. Und das führt dazu, dass Menschen von einem politischen System enttäuscht sind.

Welche Rolle spielen lokale Regierungen?

Eine sehr wichtige, weil sie letztlich die alltäglichen Dienstleistungen der Menschen bereitstellen müssen. Zudem ist das die Ebene, auf der Bürger an Entscheidungen beteiligt sein können. Deshalb ist es entscheidend, lokale Regierungen mit den entsprechenden Machtbefugnissen auszustatten.

Halten sie die Demokratie für ernsthaft gefährdet?

Der generelle Trend zu Autokratien ist deprimierend. Grundsätzlich sehe ich aber keine Alternative zur Demokratie, weil Menschen gleichberechtigt und fair repräsentiert sein und frei leben wollen. Aber Demokratien brauchen mehr Gleichheit.



**SHANDANA KHAN
MOHMAND**

forscht und lehrt am Institut für Entwicklungsstudien an der Universität von Sussex. Ihre Forschungsschwerpunkte sind politische Partizipation, Dezentralisierung und politische Ökonomie. Sie hat unter anderem über die Wahlen in Pakistan geforscht.

Zusammen etwas bewegen

Menschen verlangen nach politischer und wirtschaftlicher Teilhabe. Ganzheitlich versucht die GIZ demokratische Prinzipien zu fördern und Reformkräfte einzubinden.

Ein Beitrag von MICHAELA BAUR

Zwei Themen haben 2019 die Welt ganz besonders bewegt: erstens die Frage, ob und wie der Klimawandel in den Griff zu bekommen ist. Zweitens das mangelnde Vertrauen in die Politik, Anliegen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu adressieren und Probleme zu lösen. Unter anderem in Hongkong, Irak, Libanon, Algerien, Bolivien und Chile haben Bürgerinnen und Bürger ihre Wut auf die Straße getragen. In einigen Ländern ist es die fehlende politische und wirtschaftliche Teilhabe, die die Menschen protestieren lässt. Hinzu kommt der Frust über die Einschränkung demokratischer Rechte und das Versagen von Staat und Verwaltung bei der Daseinsvorsorge.

Die Protestbewegungen zeigen, wie wichtig zwei Aspekte sind, die für mich zur Demokratie gehören: zum einen die Fähigkeit des Staates, die Bevölkerung mit guten und zugänglichen Dienstleistungen zu versorgen. Zum anderen die umfassende politische und gesellschaftliche Teilhabe, die zu legitimierter Entscheidungsfindung führt. Dass hierbei die Achtung von Menschenrechten dazugehört, ist selbstverständlich. Bei unserer Arbeit versuchen wir ganzheitlich auf solche Themen zu schauen. Nicht nur Governanceprojekte sollten diese Demokratieaspekte im Blick behalten. Jedes Wasser-, Bildungs- oder Abfallvorhaben kann seinen Beitrag leisten, Mechanismen der Teilhabe und effizienter Verwaltung einzuführen und einzuüben. Gleiches gilt für Beschäftigung, Klimaschutz und Gesundheit. Ein Beispiel ist Jordanien, wo manche Orte im Norden durch syrische Flüchtlinge auf das Doppelte angewachsen sind. Dort gibt es viel Abfall, dafür umso weniger Arbeitsplätze. Bei Projekten in der Abfallwirtschaft haben wir mit den Gemeinden Kriterien entwickelt, damit alle mitmachen und



MICHAELA BAUR

ist bei der GIZ Leiterin des Bereichs
Mittelmeer, Europa, Zentralasien.
michaela.baur@giz.de

profitieren können: Flüchtlinge und Einheimische, Frauen und Männer, Menschen mit und ohne Behinderungen.

Als bundeseigenes Unternehmen arbeitet die GIZ in fast allen Partnerländern mit staatlichen Institutionen zusammen. Gleichzeitig suchen wir das Gespräch mit wichtigen Institutionen und Gruppen aus der gesamten Gesellschaft. Es gab und gibt jedoch auch Fälle, in denen die GIZ nicht oder kaum auf der Ebene des Zentralstaates arbeitet. In der Ukraine waren wir vor der Maidan-Revolution 2014 nur regional präsent. Als dann die Bürgerinnen und Bürger den politischen Wandel erwirkten, konnten wir im Auftrag der Bundesregierung und der EU diesen demokratischen Prozess unterstützen: indem wir dezentrale Strukturen und Infrastruktur, insbesondere in der krisengeschüttelten Ostukraine, stärken. Nach der jüngsten Wahl in der Ukraine haben wir es plötzlich mit ganz neuen Politikerinnen und Politikern zu tun. Völlig im Sinne eines funktionierenden, demokratischen Wechsels.

Für uns bedeutet das: neue und zum Teil sehr politikferne Partnerinnen und Partner. Hier zu mehr Wissen und politischem Handwerkszeug beizutragen, gehört ebenfalls zu unseren Aufgaben.

Auch beim sogenannten Arabischen Frühling vor knapp zehn Jahren hatte Deutschland schnell reagiert. Mit der Sonderinitiative des BMZ zur Stabilisierung und Entwicklung in Nordafrika und in Nahost werden wirtschaftliche und soziale Perspektiven für die Menschen in der Region geschaffen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Demokratisierung und Verbesserung von öffentlichen Dienstleistungen. Zwar gab es nach dem Arabischen Frühling Rückschläge und Gegenbewegungen, die Menschen haben jedoch gelernt, dass sie zusammen etwas verändern können. Neue Gesellschaftsverträge werden diskutiert, denn das paternalistische Tauschgeschäft „wirtschaftliche Teilhabe gegen Loyalität“ hat ausgedient und funktioniert nicht mehr. Schon allein wegen der demografischen Entwicklung, die zu einem hohen Anteil an jungen, meinungsstarken Menschen führt. Wie nähert sich die GIZ so einer umfassenden Reform an? Das ist ein Prozess in mehreren Schritten – ohne Partner geht das gar nichts. Wichtig ist die Frage: Wo sind die reformorientierten Kräfte in Regierung und Verwaltung, aber auch in der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und in Verbänden. Wir brauchen jene, die Veränderungswillen zeigen.

Es ist keine Alternative zu sagen, es dauert zu lang und ist zu schwierig. So ist das mit den großen gesellschaftlichen Fragen: Sie sind komplex, man trifft auf Widerstände und Hindernisse, nur wenige Menschen sind bereit, sich und alte Muster infrage zu stellen. Das merken wir auch in der zu Beginn genannten Klimadebatte. Aber es hilft ja nichts, es gibt etwas zu tun! —

Kraft der Demokratie

Weltweit setzt sich die GIZ für Partizipation und Good Governance ein. Fünf Beispiele für die unterschiedlichen Wege dabei.

Muster mit Wert

Deutschland setzt auf Demokratie als Wert und politische Ordnung. Im Einklang mit internationalen Konventionen fördert die GIZ die Teilhabe von Bürger*innen weltweit. Informationen, Bildung, Partizipation (auch wirtschaftliche), Rechtssicherheit und staatliche Fürsorge tragen dazu bei, dass ein menschenwürdiges Leben möglich ist. Wie Herausforderungen bewältigt werden können, diskutiert die GIZ mit wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Akteuren sowie Mitarbeitenden fortlaufend in verschiedenen Foren. —

47%

KOMPETENZEN Bei den ersten freien Kommunalwahlen in Tunesien waren 2018 viele Frauen angetreten: motiviert durch die Kampagne „Demokratie braucht Frauen!“, unterstützt durch Quoten und gesetzlich verankerte Gleichberechtigung. Inzwischen sind in dem nordafrikanischen Land die Stadträte zu 47 Prozent mit Frauen besetzt. Neben der Vernetzung mit anderen Politikerinnen wünschen sie sich vor allem Fortbildungen, um ihr Mandat besser ausüben zu können. Dabei unterstützt sie die GIZ im Auftrag des BMZ. —



LEBENSQUALITÄT Eine integrierte Stadtentwicklung setzt auf eine ressortübergreifende Verwaltung und bindet Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft ein. In der Ukraine ist das Interesse an diesem Ansatz groß. Im Auftrag des BMZ und des schweizerischen Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) engagiert sich die GIZ für verbesserte Lebensbedingungen in acht ukrainischen Städten. —

Dialog für Frieden

WILLENSBILDUNG Zuhören ist wichtig, um andere zu verstehen. Gerade in einem so gespaltenen Land wie Bolivien. „Radio Viajera“ heißt ein Radioprogramm, das Informationen und Debatten über Themen wie Land- und Ressourcenkonflikte bietet – damit werden 800.000 Menschen erreicht. Gefördert wird es vom Zivilen Friedensdienst. In dessen Dialogschule werden Bolivianer*innen unterrichtet, wie sie bei Konfrontationen Lösungen finden können. —



5 Millionen

TEILHABE Etwa ein Drittel der fünf Millionen registrierten palästinensischen Flüchtlinge lebt in Lagern in den Palästinensischen Gebieten (Westjordanland und Gaza), in Jordanien, im Libanon und in Syrien. Bisher ohne eigene Interessenvertretung. Damit diese entwurzelten Menschen verstärkt demokratische Strukturen nutzen, unterstützt sie die GIZ im Auftrag des BMZ. Besonders die junge Generation soll gehört werden, sich vernetzen und aktiv ihr Leben verbessern. —

Reformen mit Leben füllen

RECHTSSTAAT Im Einparteiensstaat Laos hat die Regierung durch Verfassungsänderungen und Gesetze einen politischen Reformkurs eingeleitet. Das südostasiatische Land soll demnach auf Grundlage von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Prinzipien regiert werden. Um Bürger*innen auf diesem Weg zu stärken, setzt die GIZ ein durch das BMZ, die EU und die Schweiz finanziertes Projekt um. Derzeit werden 25 Prozent aller zugelassenen zivilgesellschaftlichen Organisationen gefördert, damit sie sich beim Thema gute Regierungsführung einbringen können. —





Aufkeimende Hoffnung

KATASTROPHE Monatlang tobten Buschbrände im Südosten Australiens – Feuer schlossen sich teilweise zu einem Megabrand zusammen. Die Folgen für die Natur sind desaströs: Expertinnen und Experten des WWF berechneten, dass voraussichtlich 1,25 Milliarden Säugetiere, Vögel und Reptilien durch die Brände direkt oder indirekt ums Leben kamen. Eine Fläche von 8,4 Millionen Hektar sei verbrannt, das entspricht der Fläche Österreichs. Doch in Australien gibt es auch Zeichen der Erneuerung: Aus verkohlten Stämmen und schwarzer Erde wachsen junge Triebe und zeigen sattes Grün.

Foto: imago images/AAP

TRÄUME ZUM ANFASSEN

Auf der Suche nach Alternativen zur Migration bekommen junge Menschen in El Salvador Unterstützung bei der beruflichen Qualifikation, der Jobsuche und ihrer persönlichen Entwicklung.

TEXT KLAUS EHRINGFELD FOTOS INTI OCÓN

E

Es sind die großen Dramen eines jungen Lebens, die Carlos Beltrán so leise erzählt, dass man sich zu ihm vorbeugen muss, um ihn zu verstehen. Je dramatischer es wird, desto leiser wird der schmale junge Mann. Etwa, wenn er berichtet, wie ihn der Stiefvater aus dem Haus jagte. Wie er sich dann, gerade einmal 19 Jahre alt, alleine auf den Weg in die USA machte und nicht weit kam. Nicht einmal Mexiko habe er erreicht, sagt er. Fragt man nach, weicht er aus, fixiert einen Punkt im Raum, knetet die Finger. Carlos Beltrán ist es sichtlich unangenehm, von dieser gescheiterten Expedition in ein besseres Leben zu erzählen.

Gesprächiger ist er, als er über den zweiten Anlauf auf der Suche nach einer besseren Zukunft berichtet. Zunächst habe er Kaninchen gezüchtet, sie dann verkauft und auf ein Flugticket gespart. Beltrán schaffte es bis nach Italien, einem der Zentren salvadorianischer Migration in Europa. In Mailand hatte er eine Anlaufstelle bei Freunden, die sich dann als wenig gastfreundlich entpuppten. Er lebte ohne gültige Papiere auf der Straße, suchte Arbeit, wurde abgewiesen und kehrte desillusioniert nach El Salvador zurück.

Carlos Beltrán hat mit seinen 23 Jahren schon mehr erlebt als andere in einem ganzen Leben. Seine Geschichte ist eine, wie sie Hunderttausende junger Menschen in Zentralamerika erzählen können. Es sind Geschichten, die für viele von ihnen nicht das Happy End im vermeintlich gelobten Land bringen, sondern unendliche Strapazen und Leid. Oft endet es mit der Rückkehr in das Herkunftsland. Dann geht die Suche nach einer Perspektive wieder von vorne los. Auch Carlos Beltrán ist jetzt wieder einmal an diesem Punkt angelangt, an dem er alle Hoffnungen auf einen Neustart setzt. Aber dieses Mal nicht in der Ferne, sondern direkt vor der Haustür: in Zacatecoluca, einer Kleinstadt 60 Kilometer südöstlich von El Salvadors Hauptstadt San Salvador. Dieses Mal kreisen Beltráns Gedanken darum, wie er sich in seiner Heimatstadt etwas aufbauen kann. Klare Vorstellungen hat er: „Ich will



ZUKUNFT IM BLICK

Veronica García (19) zeichnet ihre Wünsche auf ein Poster. Sie gehört zu Jugendlichen in El Salvador, die dabei unterstützt werden, für ein Leben in ihrer Heimat Perspektiven zu entwickeln.



Mehr über das ALTERNATIVAS-Programm im Video auf der akzente-Website: akzente.giz.de

Rechts: Nach zwei Versuchen im Ausland will sich Carlos Beltrán jetzt in seiner Heimat eine berufliche Zukunft aufbauen.

Mitte: Gemeinsam statt allein - junge Leute vom Ausbildungszentrum in Ahuachapán

Unten: Clara Emilia Rodríguez bietet Jobs für Jugendliche in El Salvador an.



Zu folgenden Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) der Vereinten Nationen trägt das Vorhaben bei:



ein Schuhgeschäft eröffnen, Schuhe gehen immer gut.“ Ein Startkapital von rund 1.000 US-Dollar, so kalkuliert Carlos, ist in etwa nötig dafür.

Das Geld will er sich mit einem Job ansparen. Dafür hat er sich in einem Programm eingeschrieben, das die GIZ in Zacatecoluca gemeinsam mit dem städtischen Jugendausbildungszentrum anbietet. 20 junge Frauen und Männer lernen hier, wie man sich um einen Job bewirbt und selbstbewusster wird. Außerdem können sie sich in Onlinekursen für die Arbeit im Einzelhandel oder in Buchhaltungen qualifizieren.

Die Rückkehrer nicht alleine lassen

„Die jungen Leute suchen verzweifelt nach einem Job und einer Chance, Geld zu verdienen“, sagt Manuel Novoa. Er ist Leiter des Programms ALTERNATIVAS, das die GIZ im Auftrag des Bundesentwicklungsministeriums in ländlichen Gemeinden von El Salvador, Guatemala und Honduras anbietet. Jugendliche werden gezielt nach dem Bedarf von Unternehmen ausgebildet und Firmen werden sensibilisiert, damit sie fluchtgefährdeten oder zurückgekehrten Jugendlichen eine Chance geben. In El Salvador hat die GIZ einen strategischen Partner vor Ort gefunden, die Fundación Calleja. Die Stiftung gehört zu der gleichnamigen Unternehmensgruppe, die rund 100 Supermärkte betreibt. „Unsere Stiftung hat schon immer die Ausbildung von Jugendlichen in El Salvador unterstützt“, sagt Clara Emilia Rodríguez, Generaldirektorin der Calleja-Stiftung. „Da passt ALTERNATIVAS bestens rein.“ Die ausgewählten jungen Leute erhalten eine unbefristete



Anstellung und werden in den Märkten weitergebildet. „Wir versuchen ihnen klarzumachen, wie wichtig ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis mit allen Sozialleistungen ist“, betont sie.

ALTERNATIVAS setzt an zwei entscheidenden Stellen der Migration an. Zum einen sollen junge Menschen Alternativen zum Aufbruch Richtung Norden aufgezeigt bekommen. Zum anderen sollen diejenigen, die zurückkommen, dabei unterstützt werden, sich wieder in der Heimat zu integrieren. Dazu tragen auch Angebote der psychosozialen Betreuung bei, unter anderem Spiel- und Kunsttherapien. Expertinnen und Experten helfen bei der Traumabewältigung oder beraten Familien zu Fragen rund um Migration, dem alles beherrschenden Thema im nördlichen Dreieck Zentralamerikas. Viele Menschen haben kein anderes Ziel, als ihr Land zu verlassen. Sie fliehen vor Armut und Gewalt. El Salvador, Honduras und Guatemala gehören mit ihren Mordraten zu den zehn gefährlichsten Ländern der Welt. Banden terrorisieren mit Schutzgelderpressung und Zwangsrekrutierung die Bevölkerung.

Allein im ersten Halbjahr 2019 zogen bis zu 500.000 Menschen durch Mexiko Richtung Nordamerika, doppelt so viele wie in den Jahren zuvor. Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration ist der Korridor Mexiko die am meisten frequentierte und gefährlichste Migrationsroute der Welt. Menschen verdursten in der Wüste oder ertrinken im Grenzfluss Río Bravo. Auch die organisierte Kriminalität in Mexiko hat Migrantinnen und Migranten auf der 3.000 Kilometer langen Strecke im Visier. Nur ein kleiner Teil der Menschen erreicht dabei überhaupt das Ziel in den USA.

Das weiß auch Veronica García. Und deswegen hat die junge Frau mit dem gewinnenden Lächeln andere Ideen für ihre Zukunft. An einem windigen Morgen sitzt sie auf den Holztribünen des kleinen Sportplatzes in Ahuachapán. Die Stadt liegt 100 Kilometer nordwestlich von San Salvador. Veronica García ist eine der Schülerinnen und Schüler im Jugendausbildungszentrum. Sie wurde wie die anderen von ihrer Lehrerin gebeten, eine „Mapa de Sueños“, eine Karte ihrer Träume, zu zeichnen. Wenn man sich die Bilder so ansieht, wünschen sich die jungen Leute eine Karriere etwa als Fußballer, wollen sich besser ernähren oder ihren Eltern ein vernünftiges Haus bauen können. Migration taucht als Wunsch für die Zukunft nicht auf. Auch bei der 19-jährigen Veronica García nicht. Sie hat auf die bunte Pappe den Wunsch nach „mehr Selbstvertrauen“ geschrieben. Für sie stehen Arbeiten und Sparen im Vordergrund.

García fand nach der Schule keine Arbeit, hangelte sich von einem Gelegenheitsjob zum anderen und kokettierte ab und an damit, doch „in den Norden“ zu gehen. Wer keine Ausbildung hat, findet in El Salvador kaum einen Job. Wenn doch, verdient er den Mindestlohn von 300 US-Dollar im Monat. Aber das reicht nicht zum Leben und zum Sparen für eine Berufsausbildung, die in El Salvador meist teuer ist. Ihre Mutter redete Veronica die Migration aus. Als die junge Frau im Jugendausbildungszentrum von ALTERNATIVAS hörte, wusste sie sofort: „Das will ich machen.“ Hier wird sie auf einen Job vorbereitet und kann Wissenslücken schließen. „Ich bin selbstbewusster geworden, kann mich präsentieren und traue mich, in der Öffentlichkeit zu sprechen“, sagt Veronica García.

INTERVIEW



MANUEL NOVOA

GIZ-Migrationsexperte und
Leiter des regionalen Programms ALTERNATIVAS

Weshalb ist es wichtig, Migrantinnen und Migranten zu unterstützen, die in ihre Heimat zurückkehren?

Die Menschen haben oft Gewalt erfahren, sind desorientiert, ohne Geld und entwurzelt. Allein in El Salvador landen mitunter ein bis zwei Flugzeuge pro Tag mit „Retornados“. Und viele kommen mit Bussen an. Mehr als 18.000 Menschen kehrten in der ersten Hälfte 2019 nach El Salvador zurück. Davon waren gut drei Viertel Männer, fast ein Fünftel waren Kinder. Nach Guatemala und Honduras gingen in diesem Zeitraum fast 55.000 beziehungsweise knapp 60.000 Menschen zurück. Das staatliche System nimmt die Rückkehrenden in der Hauptstadt auf, zahlt ihnen ein Ticket nach Hause und dann – rette sich, wer kann. Wir arbeiten an der Dezentralisierung von Dienstleistungen, damit die Menschen auch in ihren Herkunftsgemeinden betreut werden.

Sie arbeiten auch mit jungen Menschen, die mit dem Gedanken spielen, nach Norden zu migrieren. Wie sieht das konkret aus?

Wir können die Migration nicht abschaffen, aber wir können sie verändern. Wir wollen jungen Leuten zeigen, dass es auch vor Ort Möglichkeiten für eine gute Zukunft gibt. Wir versuchen, Jugendliche mit Unterstützung von Partnern aus der Wirtschaft schnell in Lohn und Brot zu bringen. Sie sollen würdige Jobs bekommen. Erfolgreich Vermittelte sind Vorbilder. Zudem planen wir eine Kampagne, um den Menschen bewusst zu machen, was die Risiken der Migration sind. Wenn sie sich dann immer noch für die Auswanderung entscheiden, ist das ihre wohlüberlegte Entscheidung. Wir wollen ihnen sagen, dass sie ein Recht haben zu migrieren, aber eben auch das Recht, es nicht zu tun.

Die junge Frau fühlt sich jetzt ihrem Traum, den sie aufgemalt hat, ein Stück näher. „Ich möchte Krankenschwester werden, aber dafür brauche ich zuvor eine Arbeit, um für die Ausbildung zu sparen. Ich weiß jetzt, dass ich sehr weit kommen kann und auch hier zu Hause eine Zukunft habe.“ —



DAS LAND, IN DEM MILCH UND HONIG FLIESSEN

Georgien rückt wirtschaftlich näher an die Europäische Union. Damit davon auch kleine Unternehmen profitieren, werden Imkerinnen und Imker in der Kaukasus-Republik fit für den Export gemacht. Drei Stimmen zu dieser erfolgreichen Zusammenarbeit rund um das flüssige Gold.

TEXT CHRISTINA IGLHAUT





„Die erste Charge unseres Honigs wurde 2019 nach Berlin exportiert. Das macht mich stolz.“

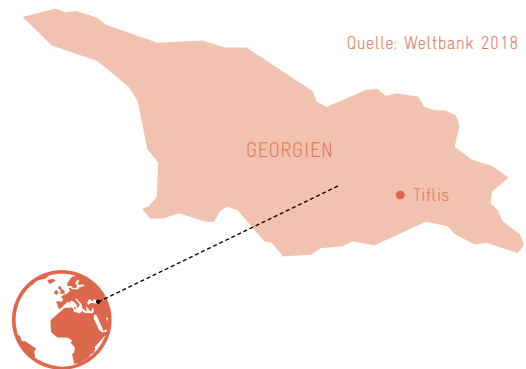
GIORGI IASHVILI (46), Imker, Gründer und Direktor von Geo Naturali, einem Honigunternehmen

„Als ich 16 Jahre alt war, schenkte mir ein guter Freund ein Buch über Bienen und die Imkerei und seither hat mich das Thema nicht mehr losgelassen. 2009 beschloss ich, mein Hobby zum Beruf zu machen. Zusammen mit dem Freund, der mich zu den Bienen lockte, gründete ich die Firma Geo Naturali und nun arbeite ich als Honigproduzent. Mich interessiert, wie wir die Imkerei in Georgien modernisieren, alte Methoden abschaffen und neue einsetzen können. Wie Bienen bewegt werden, welche medizinischen Behandlungen sie bekommen und auf welche Art und Weise der Honig verarbeitet wird. Das alles ist entscheidend – besonders wenn man sein Produkt in die EU exportieren will! Denn das ist seit drei Jahren unser Ziel. Die größte Herausforderung war es, alle europäischen Standards zu erfüllen. Vorgeschrieben ist zum Beispiel, dass Honig keine anderen Stoffe als Honig zugefügt werden dürfen, dass ihm weder Pollen noch andere honigeigene Stoffe entzogen werden dürfen und was alles auf das Etikett muss. Wir hatten zum Glück Hilfe. Unsere deutschen Beraterinnen und Berater sind mit uns unsere ganze Produktionskette durchgegangen und haben wichtige Hilfestellungen geleistet. Sie haben uns gezeigt, wie man Kontaminationen etwa durch Milben oder Pestizide vermeidet. Wir haben alle unsere Waben testen lassen, um zu sehen, ob einige von ihnen bereits kontaminiert sind. Ein weiteres Problem, das wir gemeinsam angehen mussten: Wir arbeiten mit Wildbienen und produzieren in der Ratscha-Region im nordöstlichen Westgeorgien multifloralen Honig aus dem Nektar verschiedener Pflanzen. Wir kannten also die genaue Zusammensetzung unseres Produkts nicht. Deshalb haben wir Proben nach Deutschland geschickt, wo sie an der Universität Bayreuth ausgewertet wurden. Durch das Wissen der Fachleute und deren wertvolle europäische Perspektive haben wir viel Zeit und Geld gespart und konnten 2019 die erste Charge an TAPLI, so heißt unser Honig, nach Berlin exportieren. Das macht mich sehr stolz.“ —



GEORGIEN

Hauptstadt: Tiflis / Bevölkerung: 3,7 Millionen /
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf: 4.068 US-Dollar /
Wirtschaftswachstum: 4,7 Prozent / Rang im
Human Development Index: 70 (von 189)



Zu folgenden Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) der Vereinten Nationen trägt das Vorhaben bei:





„Bienen sind für die ganze Menschheit von entscheidender Bedeutung.“

NINO GLONTI (26), Geschäftsführerin des Georgischen Imkerverbandes

CHANCEN IM FREIHANDEL FÖRDERN

Seit 2014 gibt es eine vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA) zwischen der EU und Georgien. Diese hat die Handelsbeziehungen intensiviert. Damit in Georgien auch **kleine und mittlere Unternehmen (KMUs)** von den Chancen der Freihandelszone profitieren und ihre Wettbewerbsfähigkeiten ausbauen können, hat die EU das Projekt **„KMU-Entwicklung und DCFTA in Georgien“** ins Leben gerufen. Die GIZ hat im Auftrag des Bundesentwicklungsministeriums die Aufgabe übernommen, dieses Projekt zu begleiten und seine Umsetzung zu unterstützen. Finanziert wird es aus der **EU4Business-Initiative**. Partner aus Politik, Wirtschaft und Forschung unterstützen das Projekt bei einer wissenschaftlich fundierten Qualitäts- und Echtheitsgarantie sowie einer Marketingstrategie, die auf die Verbraucher in der EU abgestimmt ist. Die Honigwirtschaft ist ein Beispiel dafür. Den ersten Kontakt zu **deutschen Importeuren** stellten die georgischen Honigproduzenten auf der Internationalen Grünen Woche 2019 in Berlin her. Die erste Bestellung eines deutschen Importeurs nach der **Grünen Woche** umfasste 3.000 Gläser. Die GIZ unterstützte die Hersteller bei der Einfuhr nach Deutschland und der Zollabfertigung.

Kontakt: Philipp Steinheim, philipp.steinheim@giz.de

„Mein ganzes Leben dreht sich um Bienen. Ich wurde in eine Imkerfamilie hineingeboren: Mein Vater und mein Bruder sind Imker und unser ganzer Hof zu Hause ist voll mit Bienenstöcken. Bienen sind aber nicht nur für meine Familie, sondern für die ganze Menschheit von entscheidender Bedeutung. Ohne sie hätten wir weder Pflanzen noch Lebensmittel. Als junges Mädchen habe ich meinem Vater mit seinen Bienen geholfen – mittlerweile bin ich Doktorandin an der Georgischen Landwirtschaftsuniversität in Tiflis und Geschäftsführerin des Georgischen Imkerverbandes. Er wurde 2018 gegründet und vereint neun georgische Imkereverbände mit insgesamt rund 4.000 Mitgliedern. Wir versuchen herauszufinden, welche Probleme die Imker in den verschiedenen Regionen haben, und wollen diese dann auf die politische Agenda unserer Regierung setzen. Außerdem wollen wir die Popularität des georgischen Honigs in seiner Heimat und auf der ganzen Welt erhöhen. Das Projekt hat unseren Imkern sowie unserer Honigindustrie sehr geholfen. Die deutschen Expertinnen und Experten unterstützten uns dabei, bei internationalen Importeuren Anerkennung zu bekommen und Kontakte zu knüpfen. Unser Honig hat einen ganz besonderen Geschmack und eine gute Qualität und braucht deshalb auch einen besonderen Platz auf dem europäischen Markt. Wir können keine riesigen Mengen an Honig exportieren – laut den letzten Statistiken produziert Georgien etwa 2.500 Tonnen Honig pro Jahr. Aber wir können ein Premiumprodukt für Honigliebhaber anbieten. Georgischer Wein ist auf der ganzen Welt sehr beliebt, auch unser Honig hat dieses Potenzial.“ —

„Durch Honig-Profiling konnten wir analysieren, wo die Probleme liegen.“

PROFESSOR STEPHAN SCHWARZINGER (49),
Lebensmittelwissenschaftler an der Universität Bayreuth

„Als ich 2016 das erste Mal in Georgien war und durch das Land fuhr, fielen mir unzählige Honigverkaufsstände am Straßenrand auf. Man merkt sofort, wie wichtig dieses Produkt in der täglichen Kultur der Menschen ist. Georgien ist quasi das Land des Honigs – hier wurden die ältesten Funde der Menschheit von Honig gemacht. Leider gibt es keine lange Tradition an ausführlichen Analysen. Die Universität Bayreuth war deshalb ein wertvoller Partner für das Projekt. Wir haben vor Jahren die Entwicklung einer Technologie angestoßen, mit der man herkunftsbezogene Eigenschaftsprofile von Lebensmitteln und in diesem Fall Honig entwickeln und diese im Einzelfall zuverlässig nachweisen kann – die magnetische Kernresonanzspektroskopie (NMR, nuclear magnetic resonance). Wir können damit schnell Aussagen über die Qualität, Echtheit und Herkunft eines Honigs treffen, indem die Bestandteile des Honigs – und zwar sehr viele davon – quantitativ ermittelt werden. Diese Technologie wird heute als NMR-Honey-Profiling bezeichnet. Ich wurde als Experte für Honiganalytik und als Gutachter in Georgien eingesetzt. Wir haben vor Ort die Strukturen untersucht, Imkereien und Honigabfüllungen geschult und auditiert sowie die Laboranalytik von Honig wissenschaftlich begleitet. Letzteres ist ein wesentlicher Schritt, um aufzuklären, wo die Probleme liegen und welche Fehler bei der imkerlichen Praxis womöglich bisher gemacht wurden. Wir haben untersucht, welche Tierarzneimittel eingesetzt werden, wie die Bienen in den Stöcken gefüttert werden und wie die Räume beschaffen sind, in denen der Honig weiterverarbeitet wird. Bisher wurde in Georgien immer viel mit Tierarzneimitteln in den Bienenstöcken gearbeitet und leider fand man aufgrund der heute verwendeten höchst empfindlichen Analysemethoden entsprechende Rückstände auch häufig im untersuchten Honig. Ein wichtiger Partner war das Institut für Bienenkunde und Imkerei in Bayern. Die Gespräche mit den georgischen Imkerinnen und Imkern vor Ort und die Proben, die wir im Labor analysiert haben, verrieten uns letztendlich, was wir ändern müssen, um die internationalen Standards zu erfüllen. Gemeinsam haben wir Guidelines entwickelt und versucht, TAPLI als Marke für georgische Premiumhonige zu etablieren: für alle georgischen Honige, die eine besondere Qualität haben, also rückstandsfrei und artgerecht geimkert werden. ‚TAPLI – Premium Georgian Honey‘ soll zukünftig eine Art Qualitätssiegel werden.“ —



DER RÜSSEL ALS GEHEIMWAFFE

Die **Kaukasische Biene** (*Apis mellifera caucasica*) ist dafür bekannt, Nektar sehr effektiv zu sammeln, auch unter schwierigen Bedingungen, etwa bei Regen. Die Bienenunterart zeichnet sich aber vor allem durch ihren besonders langen Rüssel oder auch ihre Zunge aus – bis zu **7,2 mm lang**. Damit erreichen die Bienen den Nektar fast aller Blüten, auch wenn diese tiefe Kelche haben. In Georgien können die Bienen Nektar und Honigtau fernab von menschlichen Eingriffen und den in der modernen Landwirtschaft verwendeten Chemikalien sammeln. Dieses unberührte Ökosystem, die besonderen Eigenschaften der Kaukasischen Biene und die große biologische Vielfalt Georgiens schenken dem Honig ein **einzigartiges Aroma**.

DIGITALTIPPS

der Redaktion

Jeden Tag eine gute Tat

APP Wie bringe ich mehr Nachhaltigkeit in meinen Alltag? Inspiration bietet die im Auftrag des BMZ entwickelte NachhaltICH-App. Sie liefert Infos zu den 17 Zielen der Agenda 2030 und animiert zu einem verantwortungsvolleren Lebensstil. Vernetzt mit Freunden meistert man täglich Aufgaben für eine bessere Zukunft. –

www.nachhaltich-app.de



Lasst uns reden!

KAMPAGNE Anlässlich ihres 75-jährigen Jubiläums verfolgen die Vereinten Nationen ein ambitioniertes Ziel: Sie wollen das größte globale Gespräch über die Zukunft der Welt anstoßen. Von Schülern bis zu Politikerinnen sind alle gefragt und werden gehört. –

www.un.org/en/un75

Andere Seiten

MULTIMEDIA Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung ist online. Das Netz hat immensen Einfluss darauf, wie wir die Welt sehen. Und das ist extrem unterschiedlich, je nachdem, wo wir leben. Staatliche Zensur, technische Voraussetzungen oder Lesegewohnheiten prägen unseren Zugang zum Internet. Der Guardian illustriert die Bandbreite visuell spannend am Beispiel von Indien, Kuba, Russland und China. –

<https://gu.com/p/a2438>

Kluge Köpfe

PODCAST In der Reihe „Smart Women, Smart Power“ diskutieren weibliche Führungskräfte aus aller Welt über Themen aus den Bereichen Außenpolitik, nationale Sicherheit, internationale Wirtschaft und Entwicklung. Die Themenvielfalt und -auswahl ist enorm und teilweise überraschend: von der Zukunft der NATO bis hin zur Rolle des Kung-Fu bei der Förderung der Geschlechtergerechtigkeit im Himalaya. –

www.csis.org/podcasts

Für mehr Vielfalt

KONGRESS 2020 ist ein entscheidendes Jahr für den Arten- und Klimaschutz. Der Weltkongress der Weltnaturschutzunion (IUCN) im Juni mit mehr als 10.000 Teilnehmenden aus über 160 Nationen spielt dabei eine wichtige Rolle. Die eindringliche Botschaft: Unsere Zukunft ist untrennbar mit dem Erhalt der Biodiversität verbunden. Sie ist Voraussetzung für die Verwirklichung der Vision einer wohlhabenderen, gesünderen und gerechteren Welt bis 2030. –

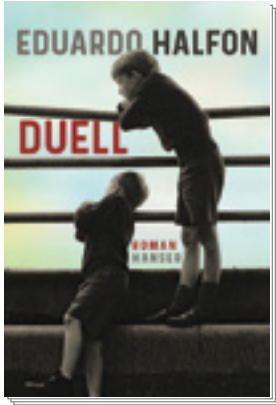
www.iucncongress2020.org



FOTOS: BMZ (S. 48, OBEN), APA/AFP/MLADEN ANTONOV (S. 48, UNTEN)

LITERATUR

aus aller Welt



DUELL

Halfon durchwandert die Welten wie kein Zweiter. Er sucht nach den Leerstellen in seiner Familie, die ihn u. a. in sein Herkunftsland führen. Dort ertrank sein Onkel als Kind angeblich in einem See. Ein Kreisen um Fragen nach Wahrheit und Lebenslügen, Erinnern, Schuld und Zugehörigkeit.

Meisterlich! —

Anita Djafari, *Geschäftsleiterin Litprom*

Eduardo Halfon, Guatemala. Aus dem Spanischen von Luis Ruby. Hanser, 112 Seiten

EMPFOHLEN VON LITPROM
Litprom – Literaturen der Welt hat die Rezensionen für akzente bereitgestellt. Sie sind der Bestenliste „Weltempfänger“ von Litprom entnommen.
www.litprom.de



DIESES LAND GEHÖRT EUCH

Gedichte wie mit dem Rasiermesser gezogen. Sie handeln vom Krieg im Irak, vom Zweifel am Wert des eigenen Lebens und der Brutalität des Sterbens – aber auch seiner Banalität, wenn es nicht enden will. Scharf in der Analytik, überraschend in der Metaphorik und doch von unglaublich zärtlicher Elegie. —
Claudia Kramatschek, *Literaturkritikerin*

Kadhem Khanjar, Irak. Aus dem Arabischen von Sandra Hetzl. Mikrotex, 136 Seiten



GESELLSCHAFT FÜR FLUGVERSUCHE

Chinesische Lyrik aus dem Hier und Jetzt. Manches ist politischer Kommentar, anderes ist Reisebeschreibung, Alltagsreflexion oder Lektüreeindruck. Zang Di reist (Berlin, Hamburg, Amsterdam) und liest viel (Dickinson, Brecht, Rilke). Hier öffnet sich ein chinesischer Autor der Welt. Frisch! —
Katharina Borchardt, *Literaturkritikerin und -redakteurin*

Zang Di, China. Aus dem Chinesischen von Lea Schneider und Dong Li. Hanser, 104 Seiten



MADONNAS LETZTER TRAUM

1943 erschien in der Türkei S. Alis große Liebesgeschichte „Die Madonna im Pelzmantel“. Akhanlı heftet sich in seinem halb fiktiven, halb dokumentarischen Roman an die Fersen der Protagonistin, einer jüdischen Künstlerin, und nimmt uns mit auf seinen spannenden Parforceritt durch Zeiten und Räume. —
Anita Djafari, *Geschäftsleiterin Litprom*

Doğan Akhanlı, Türkei/Deutschland. Aus dem Türkischen von Recai Hallaç. Sujet Verlag, 472 Seiten

Die GIZ sucht
regelmäßig Expertinnen
und Experten für
Projekteinsätze.
Besuchen Sie uns im
GIZ-Stellenmarkt:
www.giz.de/jobs.



Von: **Beate Dippmar** >
An: ★ **alle akzente-Leserinnen und -Leser**

Eine Berufsbildungsexpertin stellt sich vor

Heute um 12:07 Uhr

Hallo aus Ulan Bator,

seit anderthalb Jahren lebe ich mit meiner Familie in der Mongolei, einem spannenden Land. Ich bin als Programmleiterin für die Verbesserung der Qualität der Berufsbildung zuständig. Ein tolles Team von rund 50 Menschen aus der Mongolei und aus Deutschland arbeitet hier zusammen. Wir unterstützen Fachministerien dabei, sieben ausgewählte Berufsschulen zu Kompetenzzentren weiterzuentwickeln, etwa für Mechatronik, Bau- oder Schweißtechnik. Gemeinsam konzipieren wir ein System für die Ausbildung von Berufsschullehrerinnen und -lehrern und beraten Schulen dabei, sich besser finanziell aufzustellen.

In der Arbeit mit den Schulen sieht man den Erfolg auch im Kleinen, etwa wenn eine Lehrkraft nach einem Kurs ihre Begeisterung für ein Thema an die Auszubildenden weitergibt. Meinen Arbeitsalltag prägen Beratungen mit den Partnern in Ministerien und Abstimmungen mit den Kofinanzierungsgebern aus Korea und Australien. Auch die Anbahnung von Partnerschaften mit der Wirtschaft ist ein wichtiges Arbeitsfeld von mir. Dieses innovative Umfeld gefällt mir sehr gut. Die deutschen Entwicklungshelferinnen und -helfer an den Schulen vor Ort sind zupackende Leute, die klare Worte finden – das schätze ich sehr.

Ich habe bereits für die GIZ in Vietnam und Ruanda gearbeitet, ebenfalls in der Berufsbildung. Zur Verbesserung der beruflichen Chancen junger Menschen beizutragen, ist für mich wichtig. Auch verbinde ich mit diesem Thema meine weitere Passion, den Umweltschutz. Denn Umweltverantwortung gehört in jede Ausbildung.

Nicht nur bei Besuchen in den Schulen lerne ich Land und Leute kennen, auch mit meiner Familie reise ich sehr viel. Von Ulan Bator ist es nicht weit in die Natur. Die Landschaft ist ungeheuer abwechslungsreich. Im Sommer gehen wir an Wochenenden mit unseren zwei Kindern zelten, im Winter fahren wir ins nahe gelegene Skigebiet. In Ulan Bator gibt es außerdem ein reiches Kulturleben.

Die Winter hier in der Mongolei sind kalt, aber ich hatte sie mir schlimmer vorgestellt. 20 Grad minus fühlen sich bei trockener Luft gar nicht so kalt an. Außerdem scheint häufig die Sonne, das ist gut fürs Gemüt.

Herzliche Grüße
Ihre Beate Dippmar

NACHGEHALTEN

Ein Blick zurück auf ein Projekt und seine Wirkung



Projekt: Soziale Absicherung im Krankheitsfall /
Auftraggeber: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ) / **Laufzeit:** 2009 bis 2018

DAMALS

Auch 2009 wirken in Kambodscha Bürgerkrieg und Terrorherrschaft der Roten Khmer noch nach. Der südostasiatische Staat gehört mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 730 US-Dollar zu den **ärmsten Ländern Asiens**. Das hat auch Folgen für die **Gesundheitssituation** der Bevölkerung. So ist etwa die Müttersterblichkeit sehr hoch. Für Menschen auf dem Land ist es schwer, ärztliche Hilfe und Medikamente zu bekommen. Die Gesundheitsausgaben pro Kopf betragen zwar mehr als **10 Prozent des Bruttosozialprodukts** und liegen damit über den Ausgaben anderer Entwicklungsländer, doch mehr als zwei Drittel der Kosten werden von den Patient*innen selbst bezahlt. Es gibt keine Versicherungen, keine anderen Hilfen. Um Behandlungskosten zu bezahlen, greifen **achtzig Prozent der Bevölkerung** ihre Ersparnisse an, verschulden sich oder verkaufen Eigentum. Andere weichen auf unqualifizierte Hilfe aus, weil das billiger ist. Die Ärmsten Kamodschas müssen bei Krankheit oft auf jede Behandlung verzichten.

HEUTE

Die Situation des Landes hat sich enorm verbessert. Die Armutsquote ist **von 47,8 Prozent** im Jahr 2007 **auf 13,5 Prozent** gesunken. Die GIZ hat die kambodschanische Regierung im Auftrag des BMZ dabei unterstützt, das Gesundheitssystem auf Grundlage einer **nationalen Strategie** zu verbessern. Dazu wurden unter anderem Qualitätsinstrumente entwickelt: Ein Gesundheitsfonds (Health Equity Fund), Gesundheitsgutscheine für Arme sowie die Nationale Soziale Pflichtkrankenversicherung für Angestellte und Arbeiter mindern das Risiko, durch Gesundheitsausgaben zu verarmen. Ein weiterer Fokus lag auf **Aus- und Fortbildung**. Insbesondere zur **Verbesserung der Mutter-Kind-Versorgung** wurde medizinisches Personal geschult. Um Ältere und **Menschen mit Behinderungen** besser zu integrieren und abzusichern, wurden Selbstvertretungsvereine in die Planung einbezogen. Aus diesen Organisationen wurde 2.500 Personen (fast die Hälfte Frauen) fortgebildet.

<https://mia.giz.de/qlink/ID=246061000> (Englisch)

IMPRESSUM

Herausgeberin: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 32 + 36, 53113 Bonn,
T +49 228 44 60-0, F +49 228 44 60-17 66

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5, 65760 Eschborn,
T +49 61 96 79-0, F +49 61 96 79-11 15

E-Mail: akzente@giz.de
Internet: akzente.giz.de

Sabine Tonscheidt,
Leiterin Unternehmenskommunikation (GIZ)

Verantwortlich: Ute Schaeffer, Leiterin Medien- und Öffentlichkeitsarbeit und Pressesprecherin (GIZ)

Redaktion und Gestaltung:
GIZ: Nicole Annette Müller (Leitung)
FAZIT Communication GmbH: Sabrina Pfost
(Projektleitung), Friederike Bauer, Dr. Charlotte Schmitz,
Brigitte Spitz, Oliver Hick-Schulz (Art Direktion, Bild),
Martin Gorka (Infografik), Corinna Potthoff (Bild)
Lektorat: textschriftmacher
Produktion/Lithografie: FAZIT Communication GmbH

URL-Verweise:
Für Inhalte externer Seiten, auf die hier verwiesen wird, ist stets der jeweilige Anbieter verantwortlich. Die GIZ distanziert sich ausdrücklich von diesen Inhalten.

Kartenmaterial: GIZ/Ira Olaleye
Die kartografischen Darstellungen dienen nur dem informativen Zweck und beinhalten keine völkerrechtliche Anerkennung von Grenzen und Gebieten. Die GIZ übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit oder Vollständigkeit des bereitgestellten Kartenmaterials. Jegliche Haftung für Schäden, die direkt oder indirekt aus der Benutzung entstehen, wird ausgeschlossen.

Die GIZ ist für den Inhalt der vorliegenden Publikation verantwortlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

Titelbild, S. 4 und S. 16: Xinhua News Agency/laif
Alle nicht gekennzeichneten Bilder: GIZ

Redaktionsschluss: März 2020
Erscheinungsweise: dreimal jährlich
Erscheinungsdatum dieser Ausgabe: April 2020

Druck: Kern GmbH, Bexbach
Papier: Arctic Volume, FSC-Standard

ISSN: 0945-4497

Sie können akzente unentgeltlich als gedrucktes Heft oder PDF abonnieren, indem Sie uns Ihre E-Mail- bzw. Postadresse mitteilen unter: akzente-vertrieb@giz.de. Auf diesem Weg können Sie das Heft auch abbestellen.

akzente legt Wert auf sprachliche Gleichbehandlung. Wir verwenden eine Mischung unterschiedlicher Formen: neutrale Bezeichnungen, den Genderstern oder die männliche und weibliche Form nebeneinander.

akzente wurde für seine journalistische Qualität und die Gestaltung mehrfach ausgezeichnet, zuletzt 2018 mit dem Best of Content Marketing Award in Silber in den Kategorien Crossmedia und Website.



Demokratie [demokra'ti:] („Herrschaft des Volkes“) beschreibt politische Systeme und Herrschaftsformen, in denen die Staatsmacht vom Volk ausgeht. Demokratien zeichnen sich unter anderem durch die Achtung der Menschenrechte, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung, Unabhängigkeit der Gerichte, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, ein Mehrparteiensystem sowie freie, gleiche und geheime Wahlen aus.

Als weltweit tätiger Dienstleister der internationalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung und internationalen Bildungsarbeit entwickelt die GIZ mit ihren Partnern wirksame Lösungen, die Menschen Perspektiven bieten und ihre Lebensbedingungen dauerhaft verbessern. Als gemeinnütziges Bundesunternehmen unterstützt sie die Bundesregierung und viele weitere öffentliche und private Auftraggeber in unterschiedlichen Themenfeldern – von der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung über Energie und Umweltthemen bis hin zur Förderung von Frieden und Sicherheit.